

Paul Reusch und die „Machtergreifung“

1. Leitfragen

Bis heute wird über die Verantwortung der Großindustrie für die Übertragung der Macht an Hitler gestritten. Für die einen ist klar, dass die Industrie den Nazis „zur Macht verhalf“; somit steht auch Paul Reusch als einer der einflussreichsten Industriellen der Weimarer Zeit unter dem Generalverdacht, Hitlers „Machtergreifung“ aktiv betrieben zu haben. Dem steht auf lokaler Ebene eine völlig andere Sicht gegenüber: Reusch habe mit der braunen Bewegung „nichts im Sinn“ gehabt und habe gar während des Dritten Reiches zumindest losen Kontakt zur Widerstandsgruppe um Goerdeler gehalten.¹ Es gilt, die Rolle des GHH-Chefs im Spannungsfeld zwischen diesen beiden Polen zu untersuchen:

Hat er die Nazi-Bewegung und schließlich die Machtübertragung an Hitler aktiv unterstützt? Welche Rolle spielte er bei der Zerstörung der Republik? Wie weit reichte sein Einfluss in den entscheidenden Monaten vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler? Stand er den Ideen und politischen Strategien der NSDAP ablehnend, distanziert, gleichgültig oder doch wohlwollend, zumindest offen gegenüber? War Paul Reusch in seinem Denken und Handeln eingebunden in Strategien der Großunternehmer? War sein Denken und Handeln repräsentativ für das Bürgertum seiner Zeit? Waren eher wirtschaftliche Interessen – gar Firmeninteressen im engeren Sinne – oder umfassende politische Überzeugungen bestimmend für sein Denken und Handeln?

Ausgehend von diesen Fragen soll folgendes Quellenmaterial aus dem Halbjahr vor Hitlers Ernennung genauer untersucht werden: Reuschs Korrespondenz, soweit sie sich mit politischen Angelegenheiten befasst, seine Reise- und Terminpläne und ein Ausschnitt der geschäftlichen Korrespondenz. Letzteres ist wichtig, um die wirtschaftlichen Interessen des Firmenchefs Reusch, seine alltäglichen Probleme konkreter in den Blick zu bekommen – deutet doch vieles darauf hin, dass er nach dem Ausscheiden aus wichtigen Verbandspositionen nur noch phasenweise und dann eher widerwillig in der Politik aktiv wurde. Als in dieser Hinsicht besonders relevant wurden die Korrespondenz mit seinem Oberhausener Stellvertreter Kellermann und die Akten über die Russengeschäfte ausgewählt. Eine möglichst lückenlose Rekonstruktion der Reisen und Termine soll Aufschluss darüber geben, zu wem Kontakte bestanden und was den Schwerpunkt der Tätigkeiten unseres Protagonisten ausmachte. Reuschs politische Korrespondenz im engeren Sinne wurde bereits in einer Vielzahl von wis-

1 Dietrich Behrends, Paul Reusch 1942: „Werde Oberhausen nicht wiedersehen“ in: Oberhausen '99. Ein Jahrbuch, Oberhausen 1999, S. 112. Vgl. auch die völlig unkritische Darstellung von Paul Reusch bei: Dietrich Behrends, Ehrenbürger. Im Haus Steinhauer drang Musik aus allen Ritzen, ebd., S. 42; zur gegenteiligen Sicht vgl. die Collage mit der berühmten Photomontage von John Heartfield und dem Porträt von Paul Reusch in der Gedenkhalle Oberhausen.

senschaftlichen Untersuchungen ausgewertet. Hier kann es deshalb nur darum gehen, die längst beschriebenen Vorgänge konsequent aus der Sicht von Reusch zu beleuchten, um dadurch vielleicht doch die eine oder andere neue Einsicht zu gewinnen.

Aus dem Frühsommer 1932 liegt ein politisches Bekenntnis vor, das Reusch *außenpolitisch* als großdeutschen Imperialisten, *innenpolitisch* als Gegner der Demokratie und *sozialpolitisch* als Reaktionär ausweist. In den vom ihm persönlich redigierten „Richtlinien“ für die zur Firmengruppe der Gute-Hoffnungshütte (GHH) gehörenden „Münchener Neuesten Nachrichten“ finden sich unter anderem die folgenden Sätze:

„Die Zusammenfassung aller geschlossen siedelnden Deutschen in einem großdeutschen Reich der Zukunft ist zu erstreben. [...] Das demokratisch-parlamentarische System von Weimar ist die letzte Wurzel vieler Übel. Es ist als für Deutschland ungeeignet abzulehnen. [...] Koalitionen mit den Sozialdemokraten sind *grundsätzlich* abzulehnen, mit den Nationalsozialisten *grundsätzlich* zu fördern. [...] Der Grundsatz des Privateigentums ist unantastbar. Jeder Angriff gegen diesen Grundsatz ist schärfstens abzulehnen ohne Rücksicht, von welcher Seite er kommt. [...] Wesensfremde Kultureinflüsse jeglicher Art sind zu bekämpfen. Insbesondere ist kulturbolschewistischen Erzeugnissen auf allen Gebieten der schärfste Kampf anzusagen. Die deutsche Kultur wurzelt im Boden. Dort muß sie gepflegt werden.“²

Die vielfachen Überschneidungen mit dem Programm der Nationalsozialisten sind unübersehbar. Doch kann man bei diesem Bekenntnis nicht stehen bleiben, wenn man ein abgewogenes Urteil über die Rolle des Großindustriellen Paul Reusch in dieser Phase gewinnen will. Es ist zu fragen, inwieweit sich dieses, in der Konfrontation mit Andersdenkenden entstandene, Bekenntnis auch in der Korrespondenz mit Menschen seines Vertrauens offenbart und ob es – zur Mentalität verdichtet – sein politisches Handeln bestimmte. Eine Mentalitäts-Studie bezogen auf das Jahr 1932 muss allerdings immer auf die geistige Nähe oder Ferne zum Nationalsozialismus fokussieren. Anders wäre ein fundiertes Urteil über die Mit-Verantwortung für Hitlers „Machtergreifung“ gar nicht möglich. „Verantwortung“ verweist aber vor allem auf das politische Handeln. Die Nähe zu den Akteuren, die Hitlers Installation als Reichskanzler unmittelbar betrieben, ist hier ein wichtiges Urteilkriterium. Der beste Kenner der Materie nennt sechs Hauptverantwortliche für die verhängnisvollen Intrigen, die Hitler an die Macht brachten: Hindenburg, Schleicher und Papen sowie in der zweiten Reihe Hindenburgs Sohn Oskar, seinen Staatssekretär Otto Meißner und Alfred Hugenberg, den Führer der Deutschnationalen.³ Wenn es darum geht, das Netzwerk des Vertrauens zu rekonstruieren, in das Reusch eingebunden war, ist deshalb auch immer wieder die Frage zu stellen, ob es direkte oder indirekte Beziehungen zu den genannten Personen gab.

2 Reusch an MNN, 21.5.1932, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (RWVA), 130-4001012007/6a, veröffentlicht als Dokument 6 bei: Kurt Koszyk, Paul Reusch und die „Münchener Neuesten Nachrichten“. Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 90–93.

3 Henry A. Turner, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996, vor allem S. 219ff.

2. Das Netzwerk

Der innerste Kreis von Personen um Reusch waren die Werksleiter in Oberhausen und bei den Tochterunternehmen. Um den direkten Kontakt zu seinen engsten Mitarbeitern in der Leitung des Konzerns zu pflegen, unterwarf sich Reusch einem anstrengendem Terminplan, der ihn unablässig zwischen Oberhausen, den Standorten der süddeutschen Tochterunternehmen in Nürnberg, Augsburg, Esslingen und München und einigen anderen Städten reisen ließ. Regelmäßig fuhr Reusch außerdem nach Berlin und nach Basel zu den Sitzungen des Verwaltungsrates der Bank für internationalen Zahlungsausgleich. Ein persönlicher Stab arbeitete die Reisepläne aus, buchte Fahrkarten und Hotels, beschaffte die nötigen Devisen und setzte ein kleines Heer von Fahrern und Dienern für eine möglichst reibungslose Abwicklung der Logistik in Bewegung.

Zur Fahrt in den Urlaub gab Reusch selbst genaue Anweisungen. Die Geschäftsführung von MAN in Augsburg musste „Rieblinger zur Beförderung meines Gepäcks auf den Bahnsteig beordern. Da ich größeres Gepäck habe, bitte ich, den Krafffahrer zu veranlassen, dass er sich mit Riemen und einem Segeltuch versieht, damit der Koffer in das Segeltuch eingewickelt und mit dem Riemen am Kofferbock befestigt werden kann.“⁴ Auch wenn der Herr Kommerzienrat seine Koffer nicht selbst tragen musste, so illustriert diese Anordnung doch die Beschwerlichkeit des Reisens mit den damaligen technischen Mitteln. Große Strecken mussten auf Landstraßen mit dem Auto bewältigt werden, und ob der nicht mehr ganz junge GHH-Chef – 1932 immerhin schon 63 – bei den häufigen Nachtfahrten im Schlafwagen hinter Dampflok wirklich zur Ruhe kam, mag man bezweifeln. Die Belastung hinterließ Spuren: Die Ärzte verordneten Paul Reusch bereits im August 1932, keine vier Monate nach seiner Rückkehr aus der regelmäßigen Frühjahrskur im tschechischen Karlsbad und auf dem Höhepunkt der politischen Krise in Berlin, eine Zwangspause. Und der Konzernchef folgte dem Rat, packte seinen Koffer in Segeltuch auf den Bock und fuhr nach Badgastein.

Paul Reusch war im Konzern der „Herr im Haus“. Widerspruch kam hier nicht vor – einzige Ausnahme: die Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten“ –, politische Ratschläge zu geben, traute sich allenfalls Martin Blank, der Leiter des GHH-Büros in Berlin. Der andere politische Kundschafter, Oberst v. Gilsa, GHH-Angestellter und bis 1930 DVP-Reichstagsabgeordneter, blieb immer ein Außenseiter; seine servile Umtriebigkeit und seine ellenlangen politischen Traktate können nicht darüber hinweg täuschen, dass er nicht wirklich das Vertrauen des Chefs besaß. Martin Blank dagegen verstand es, das enge Vertrauensverhältnis auch mit kleinen Gesten zu pflegen. Im August 1932 ließ er in fieberhafter Eile aus Oberhausen noch eine Kiste „Bülow-Zigarren“ heranschaffen, da diese Marke in Berlin vergriffen war.⁵

Während der sehr häufigen Abwesenheit des Konzernchefs hielt Direktor Kellermann die Stellung in Oberhausen. Seine ausführlichen Berichte beleuchten, welche Probleme die Kon-

4 Reusch an Lauster, MAN Augsburg, 11.8.1932, RWWA, 130–400101292/3.

5 Blank an Lohberg (Oberhausen), 3.8.1932, RWWA, 130–4001012024/10.

zernleitung jeweils aktuell als vordringlich ansah. Zu politischen Anspielungen, gar zu Kommentaren oder Ratschlägen, ließ Kellermann sich nie hinreißen. Welcher Art sein Verhältnis zum Chef war, entlarvte er, als er Reusch um „Ermächtigung“ bat, sein DVP-Mandat in der Stadtverordnetenversammlung von Oberhausen niederzulegen, „da dort nur leeres Stroh gedroschen“ werde und da der Oberbürgermeister die Stadtverordneten für seine Entscheidungen ohnehin nicht mehr brauche.⁶ Für die Oberhausener Kommunalpolitik interessierte sich Reusch seit langem nicht mehr. Die Kontakte zu Oberbürgermeister Heuser hielt Direktor Kellermann.⁷

Der Terminplan weist darauf hin, dass sich der Interessenschwerpunkt des Konzernherrn immer stärker nach Süddeutschland verlagerte. Aus Reuschs rastloser Reisetätigkeit spricht vielleicht auch das Bemühen, sich gegen den zwangsläufigen Trend zur Dezentralisierung zu stemmen und alle Fäden im GHH-Konzern fest in einer Hand zu behalten. Als Teil seines Konzerns betrachtete Reusch auch die drei süddeutschen Zeitungen, um deren Finanzen und Inhalte er sich 1932 sehr intensiv kümmerte – nicht immer zur Freude der Redaktionen: Die Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten“ wehrte sich mit bewundernswerter Zivilcourage gegen die Versuche der Gängelung. Umso serviler wirkt aus heutiger Sicht der vorausseilende Gehorsam des „Fränkischen Kuriers“ in Nürnberg und des „Schwäbischen Merkurs“ in Stuttgart. In der Korrespondenz mit diesen Zeitungen offenbarte Reusch wie nirgendwo sonst seine politischen Überzeugungen.

Im Schwäbischen, ganz in der Nähe von Backnang, lag Reuschs privates Refugium, der Landsitz Katharinenhof. Wann immer er in der Hektik seiner Geschäftsreisen auch nur einen Abend Zeit fand, machte er hier Station. Nur ganz enge Vertraute oder Gesprächspartner, die ihm besonders wichtig waren, lud er auf den Katharinenhof ein, nicht aber seine Untergebenen. Es fällt auf, dass selbst die engsten Mitarbeiter des GHH-Konzerns fast nie Gäste auf dem Katharinenhof waren. Wer hier Zugang hatte gehörte zu einem anderen Kreis im Netzwerk von Paul Reusch: Für die Jahre 1931/32 sind an erster Stelle die beiden Reichsbankpräsidenten der Weimarer Zeit, Hjalmar Schacht und Hans Luther zu nennen, außerdem Freiherr v. Wilmowsky, der Schwager von Alfred Krupp. Krupp selbst wurde von Reusch mehrfach auf den Katharinenhof eingeladen, fand aber 1932 keine Zeit für einen Besuch. Das tat aber dem Vertrauensverhältnis der Firmenpatriarchen keinen Abbruch; Reusch, Krupp und Hoesch-Chef Springorum bildeten 1932 innerhalb der Ruhrlade einen Zirkel, der seine geschäftlichen und politischen Strategien in bewusster Konkurrenz mit den Vertretern der Vereinigten Stahlwerke intern abstimmte. Weder Vögler noch Thyssen wurden je auf den Katharinenhof eingeladen, wenn man von Reuschs gescheitertem Versuch, die zuvor schon einmal geplatzte Sitzung der Ruhrlade dort einzuberufen, einmal absieht. Die Korrespondenz mit Vögler ist im Stil sachlich-unterkühlt, enthält keinen einzigen handschriftlichen Brief – wie bei den Managern, die Reusch näher standen – und weist große Lücken auf.

⁶ Kellermann an Reusch, 7-seitiger Bericht, dort Punkt 4, 12.5.1932, RWWA, 130–4001012003/15.

⁷ Vgl. die gesamte Akte RWWA, 130–40010135/5.

Regelmäßiger Gast auf dem Katharinenhof war dagegen der Stuttgarter Firmen-Patriarch Robert Bosch, unter den Großindustriellen Reuschs einziger Duzfreund; wie intensiv der Gedankenaustausch über Fragen der deutschen Innenpolitik zwischen Reusch und Bosch, dem späteren Widerstandskämpfer, war, geht aus der Korrespondenz nicht hervor – diese beschränkt sich fast ausschließlich auf die Frage der deutsch-französischen Aussöhnung, Boschs Lieblingsthema.

Reuschs Einbindung in ein Netzwerk von Beziehungen wirft auch die Frage nach seinem Anteil an der Verantwortung der Großindustrie für den Niedergang der Weimarer Republik auf. Diesbezüglich folgt diese Studie im Wesentlichen den Ergebnissen von Turners Untersuchung „Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers“.⁸ Es wird an den verschiedenen zeitlichen Stationen jeweils zu fragen sein, wie stark Mentalität und Handeln eines einzelnen Industriellen von Programm und Politik seiner Interessenverbände geprägt waren und – in umgekehrter Richtung – bis zu welchem Grade er die Interessenpolitik beeinflussen konnte. Auch wenn die wissenschaftliche Kontroverse um Turners Thesen heute als beigelegt gilt, so kann es nicht schaden, an einzelnen Stellen die Gegenposition zur Präzisierung der Fragestellung auch heranzuziehen. Um die Mentalität unseres Protagonisten zu verstehen, kann es zum Beispiel hilfreich sein zu prüfen, ob es „gemeinsame gesellschaftspolitische Überzeugungen resp. Affinitäten zwischen ‚Kapitalismus‘ in der Weltwirtschaftskrise und faschistischen Bewegungen“⁹ gab und ob sich diese „Affinitäten“ in Paul Reuschs Denken manifestierten. Weiterhin ist das politische Handeln des einzelnen Industriellen vor dem Hintergrund der „kollektiven ökonomischen, politischen und sozialen Zielsetzungen ‚der‘ Industrie“ und deren Fähigkeit zu „kollektivem Handeln“¹⁰ zu untersuchen. Die Vorstellung vom handelnden Kollektiv setzt voraus, dass es gemeinsame Interessen der Unternehmer gab, die diese im Einzelfall dazu veranlassen konnten, Firmeninteressen um der gemeinsamen Sache willen zurückzustellen.

3. Priorität der Firmeninteressen/Risse im Lager der Schwerindustrie

Die Zerstrittenheit im Lager der Schwerindustrie war bei der Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1932 offenkundig geworden. Der RDI-Vorsitzende Krupp unterstützte Hindenburgs Kandidatur, während Reusch für den Stahlhelm-Kandidaten Dusterberg eintrat.¹¹ In den darauf folgenden Wochen schieden sich die Geister an der Person des DNVP-Vorsitzenden

8 Henry A. Turner, *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1985; im Folgenden zitiert: Turner, *Großunternehmer*.

9 Dirk Stegmann, *Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse?*, *Archiv für Sozialgeschichte* 17 (1977), S. 279.

10 Ebd., S. 284.

11 Vgl. die Absagen an die Hindenburgausschüsse: Büro Reusch an Oberbürgermeister Sahn, Berlin, 8.2.1932, RWWA, 130–400101293/12. Büro Reusch an Geschäftsstelle für die Hindenburgwahl, Oberhausen, 22.2.1932, ebd.; Hindenburg-Ausschuss, München an Reusch: Beschwerde über die Hindenburg-feindliche Haltung des „Fränkischen Kurier“, 23.3.1932, ebd.; Reusch an Hindenburg-Ausschuss, München, 24.3.1932, ebd.

Hugenberg: Während Reusch dessen Rücktritt forderte, hielten Vögler und Springorum ihn für absehbare Zeit für unersetzbar im Lager der bürgerlichen Rechten.¹² Anfang Juli war eine Sitzung der Ruhrlade im Werksgasthaus in Oberhausen, wo Reusch seinen Freund Schacht als Referent einladen wollte, angeblich wegen der Terminschwierigkeiten vieler Teilnehmer nicht zustande gekommen.¹³ Die am 4. Juli ausgefallene Ruhrladesitzung wurde auf den 15. August 1932 verschoben; Reusch lud dafür auf seinen schwäbischen Landsitz Katharinenhof ein, erhielt aber wieder so viele Absagen, dass eine weitere Verschiebung auf den 17. Oktober nötig wurde. Aber auch dieses Treffen fiel aus.¹⁴

Reusch, der über diese Absagen sehr verärgert war, ließ dies nur gegenüber Krupp erkennen; der war auch „betrübt“ wegen der Absagen und lud Reusch zum Trost für Anfang Oktober – den Höhepunkt der Hirschbrunft – in sein Jagdhaus ein.¹⁵ Doch die Vorfreude auf die Hirschbrunft im Salzburger Land konnte Reusch auch nicht besänftigen: „Ich brauche nicht zu sagen, dass ich auch nicht gerade entzückt war, von der Mehrzahl der Ruhrlademitglieder eine Absage zu bekommen, zumal doch in der letzten Ruhrladesitzung der Zeitpunkt für das Zusammentreffen unter Zustimmung aller Beteiligten festgelegt worden ist. Ich will dabei ununtersucht lassen, ob und inwieweit meine Haltung in der Gelsenkirchener Angelegenheit zu den Absagen beigetragen hat.“ Reusch schlug Krupp vor, am Rande der bevorstehenden Präsidiumssitzung des RDI (am 17. August) ein vertrauliches Gespräch mit ihm und Springorum zu führen, „um wenigstens unter uns Dreien eine einheitliche Linie für unser Verhalten gegenüber den Vereinigten Stahlwerken festzulegen“.¹⁶ Dieses Dreier-Gespräch wurde für den 16. August fest vereinbart.¹⁷ Es kam allerdings kein Dreier-Gespräch zustande, sondern Reusch reservierte sich am 16. August um 17.00 Uhr eineinhalb Stunden für Krupp, um anschließend mit dessen Schwager Wilmowsky zu dinieren. Am darauf folgenden Tag sprach er nach der Präsidiumssitzung des RDI mit Springorum (13.30–16.00 Uhr), danach stand ein Termin beim DIHT an.¹⁸

Die Gelsenberg-Affäre, auf die Reusch anspielte, belastete die internen Beziehungen der schwerindustriellen Großunternehmer ganz außerordentlich. Worum ging es dabei? Als nach Brünings Sturz bekannt wurde, dass dessen Regierung wenige Tage vor ihrem Abgang ein großes Aktienpaket der Gelsenkirchener Bergwerks-AG zu weit überhöhten Kursen gekauft hatte und damit indirekt Anteilseignerin der Vereinigten Stahlwerke wurde, löste dies – vor allem in Unternehmerkreisen – helle Empörung aus.¹⁹ Krupp, in seiner Funktion als Prä-

12 Vgl. das Kapitel „Die Großindustrie gerät zerstritten in den Strudel der Politik“ bei Turner, Großunternehmer, S. 273ff.

13 Geplante Sitzung der Ruhrlade am 4.7.1932, umfangreiche Korrespondenz über den Termin mit den Mitgliedern der Ruhrlade und Schacht im Juni 1932: RWWA, 400101290/33a.

14 Rundschreiben an die Mitglieder der Ruhrlade, 2.8.1932, RWWA, 130–40010124/14.

15 Krupp an Reusch, 2.8.1932, HA Krupp, FAH 4 E 1186.

16 Reusch an Krupp, 8.8.1932, ebd.

17 Reusch an Krupp Text des Telegramms mit Bestätigung des Termins, 11.8.1932, ebd.

18 Reuschs Terminplan in: RWWA, 130–400101292/3.

19 Vgl. das Kapitel „Der ‚Gelsenberg‘-Deal“ in: Alfred Reckendrees, Das ‚Stahltrust‘-Projekt. Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.G. und ihre Unternehmensentwicklung 1926–1933/34, Schriften-

sident des RDI, versuchte die Wogen zu glätten, aber eine von ihm arrangierte Aussprache mit den Herren Klöckner, Reusch, Springorum und Vögler Ende Juni führte nicht zur Beilegung des Streits.²⁰ Vögler musste erfahren, dass sich das Misstrauen nicht nur gegen den Emporkömmling Flick, den eigentlich Verantwortlichen für die Affäre, richtete, sondern auch gegen ihn selbst. Als Flick zur Verteidigung seines Aktien-Coups behauptete, auch andere Konzerne hätten in vergangenen Jahren staatliche Subventionen in Anspruch genommen, sah Krupp sich genötigt, diesen Vorwurf für seine Firma in einer Presse-Erklärung zurückzuweisen.²¹

In diese heiklen internen Verhandlungen, bei denen sich der RDI-Präsident Krupp um Schadensbegrenzung bemühte, platzte Paul Reusch mit einem Zeitungsartikel, in dem er die Gelsenberg-Transaktion in geradezu maßlosem Stil attackierte. „Ich sage nicht zuviel, wenn ich behaupte, dass dieses Geschäft in weiten Kreisen große Bestürzung ausgelöst hat und dass das Eindringen der öffentlichen Hand in die Schlüsselindustrie aufs schärfste verurteilt wird.“ In der Industrie herrsche „Einmütigkeit darüber, dass die freie Wirtschaft bis aufs letzte verteidigt werden muss und alle Sozialisierungsbestrebungen aufs schärfste zu bekämpfen sind. Die Wiederherstellung vollständiger Freiheit einer zur Zeit noch stark gefesselten Wirtschaft bietet die einzige Möglichkeit, das politische und soziale Leben Deutschlands wieder zur Gesundheit zu bringen.“ Im vorliegenden Fall sei das Gegenteil geschehen: „Der größte Exponent der Schlüsselindustrie“ solle „der öffentlichen Hand endgültig ausgeliefert werden. [...] Es handelt sich um einen Schritt auf dem Wege zum Staatskapitalismus, wie er von solchem Ausmaß [...] in deutschen Landen noch nicht zu verzeichnen war. Die bedenklichen Auswirkungen dieser Transaktion können heute noch nicht im entferntesten übersehen werden.“ Kaum verschlüsselt forderte er, dass notfalls auch Firmenzusammenbrüche hingenommen werden müssten. „Bei der Auslieferung des größten Montanunternehmens an die öffentliche Hand handelt es sich um eine *grundsätzliche* Frage, die – vom privatwirtschaftlichen Standpunkt gesehen – niemals bejaht werden kann und darf. Das Interesse der Gesamtwirtschaft und des gesamten deutschen Volkes fordert unbedingtes Festhalten an der Privatwirtschaft; es steht höher als das Interesse eines Einzelnen oder eines einzelnen Unternehmens. Ob das Durchhalten dieses Grundsatzes Störungen in dem einen oder anderen Unternehmerbereich mit sich bringt, ist nebensächlicher Art.“ Die Spitze gegen die Konkurrenzfirma Vereinigte Stahlwerke war unüberhörbar. Auch den Einwand, dass der Verkauf des Aktienpakets ins Ausland habe verhindert werden müssen, ließ Reusch nicht gelten. „Die Aktie hat immer Heimweh!“ Es gäbe gera-

reihe zur ZUG, Band 5, München 2000, S. 471–507; Henning Köhler, Zum Verhältnis Friedrich Flicks zur Reichsregierung am Ende der Weimarer Republik, in: Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1977, Band 2, S. 878ff.

21 Krupp an Vögler (handschriftlich), 23.6.1932, HA Krupp, FAH 23/793.

de im Westen genügend Beispiele dafür, dass mit ausländischem Kapital aufgebaute Unternehmen später wieder in deutschen Besitz übergegangen seien.²¹

Möglicherweise hatte Reusch so allergisch reagiert, weil nicht nur grundsätzlich das Eindringen des Staates in die Industrie seinen tiefsten Überzeugungen zuwiderlief, sondern weil er in diesem Börsenmanöver im Bereich der Vereinigten Stahlwerke eine Bedrohung für die GHH sah. Zwei Jahre zuvor war es der GHH nur unter erheblichen finanziellen Anstrengungen gelungen, eine feindliche Übernahme durch die Vereinigten Stahlwerke abzuwehren.²² Ein Manöver dieser Art musste zwangsläufig auch das persönliche Verhältnis zwischen den Konzernchefs Reusch und Vögler schwer belasten; als Indiz dafür kann gelten, dass es zwischen ihnen kaum Briefkontakt gab.²³ 1931 beschwerte sich Reusch noch einmal in einem empörten Schreiben bei Vögler über den „Aufkauf von Aktien der GHH durch Gelsenberg und Phönix“ und kündigte emphatisch an, dass er „Angriffe auf die Selbstständigkeit“ der GHH abwehren werde.²⁴

Die Erschütterungen im Bereich der Schwerindustrie waren so stark, dass Vögler Anfang August alle seine Verbandsämter niederlegen wollte. Krupp konnte den „sehr verehrten, lieben Herrn Vögler“ in einem beschwörenden handschriftlichen Brief²⁵ davon wieder abbringen. Voller Bitterkeit beschwerte sich Vögler jedoch seinerseits in einem handschriftlichen Brief an den RDI-Präsidenten: „In der letzten Sitzung der Ruhrlade (Silverberg) war die Frage aufgeworfen, ob die leitenden Herren des Stahlvereins durch die Frage Gelsenkirchen noch in der Lage seien, die verschiedenen Vertrauensposten einzunehmen. Die Frage wurde gestellt, nachdem ich die Sachlage und meine Auffassung dargelegt hatte. Sofort nach der Sitzung ist ja klar.“²⁶ Wer diese aus Vöglers Sicht verletzende Frage gestellt hatte, hielt er nicht schriftlich fest; da niemand schärfer reagiert hatte als der GHH-Chef, wäre es nicht abwegig zu vermuten, dass Reusch es gewesen war. Reusch und Springorum hatten von Krupp Abschriften seines beschwörenden Briefes an Vögler erhalten; Springorum signalisierte sofort Zustimmung und äußerte die Hoffnung, dass Krupp Erfolg haben möge; Reusch quittierte nur kommentarlos den Empfang.²⁷

21 Leitartikel auf der Titelseite des „Fränkischen Kuriers“, 6.7.1932 (Mikrofilm im Institut für Zeitungswissenschaft, Dortmund), Hervorhebung im Original. Siehe auch: Reusch an Kötter, 3.7.1932, RWWA, 130–4001012007/15a. In dem Brief wies Reusch seinen Chefredakteur an: „Wenn Sie den Artikel abdrucken, dann hat er auf der ersten Seite an erster Stelle zu stehen. Von einer Vorrede oder einem Nachwort ist abzusehen.“ Zur Gelsenberg-Affäre vgl. insgesamt auch: Gustav Luntowski, Hitler und die Herren an der Ruhr. Wirtschaftsmacht und Staatsmacht im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2000, S. 61–66. Luntowski bezieht sich in seiner Darstellung u.a. auf einen Artikel in der „Frankfurter Zeitung“ vom 6.7.1932.

22 Vgl. Reckendrees, Das Stahltrust-Projekt, S. 351–353.

23 Im ehemaligen GHH-Archiv findet sich zwischen dem 28.12.1928 und 22.6.1931 nur 1 Brief: Reusch an Vögler, 6.5.1930, RWWA, 130–400101290/37.

24 Reusch an Vögler, 22.6.1931, ebd.

25 Abschrift mit dem Vermerk „Original eigenhändig“, 5.8.1932, HA Krupp, FAH 23/793.

26 Vögler an Krupp, 10.8.1932, HA Krupp, ebd.

27 Krupp an Reusch und Springorum, 5.8.1932, ebd.; Reusch an Krupp, 9.8.1932, ebd.; Springorum an Krupp, 10.8.1932, ebd.

Im August erfuhr Reusch, dass die Papen-Regierung eine Lösung im Einvernehmen mit den Unternehmern suchte.²⁸ Die Regierung erwartete „seitens der rheinisch-westfälischen Industrie [...] ein ernstes Gebot auf die Rücküberführung von Gelsenberg in Privatbesitz“.²⁹ Der Kohlenindustrielle Brandt, der Reuschs Stellvertreter Kellermann diese Botschaft überbrachte, befürchtete beim „Übergang von Gelsenberg auf das Reich katastrophale Rückwirkungen auf die restliche Schwerindustrie“; er meinte, dass Reusch „in erster Linie für die Ergreifung der Initiative in dieser Angelegenheit in Frage“ käme.³⁰ Was immer Reusch nach der Rückkehr aus dem Engadin in dieser Sache unternahm, er war im Herbst 1932 Hauptbeteiligter in einem internen Konflikt, der das Netzwerk des gegenseitigen Vertrauens im Lager der Unternehmer schwer belastete. Die Bruchlinien und Interessengegensätze innerhalb der Schwerindustrie wurden just zu dem Zeitpunkt wirksam, als Hitler mit besonderem Nachdruck die Kanzlerschaft forderte.

Die Gelsenberg-Affäre war aber nicht die einzige Sorge des GHH-Chefs. Zu Beginn des dritten Jahres der großen Wirtschaftskrise war die GHH, wie die gesamte westliche Schwerindustrie, in einer äußerst schwierigen Situation. Reusch führte diese Situation als Begründung an, als er das Spendensuchen des bayrischen Hindenburg-Ausschusses brüsk zurückwies. Der westlichen Industrie gehe es „so schlecht, dass für allgemeine Zwecke von keinem Menschen auch nur noch ein roter Heller herauszuholen ist.“ Es werde „bei den einzelnen Unternehmungen im Monat mehr Geld verloren, als jemals früher verdient wurde, so dass den Werken, die heute von der Hand in den Mund leben, nicht zugemutet werden kann, irgendwelche Opfer zu bringen.“³¹ Zwar war es nicht richtig, dass die Industrie überhaupt keine flüssigen Mittel mehr gehabt hätte, für andere politische Zwecke machte sie durchaus noch erhebliche Spendengelder locker; aber natürlich hatte die Wirtschaftskrise auch die Betriebe der GHH voll erfasst,³² und als authentischer Ausdruck der subjektiven Bewusstseinslage kann Reuschs Klagelied allemal gelten. Da der Inlandsmarkt darniederlag, konzentrierte der GHH-Konzern seine Anstrengungen auf den Export; die aussichtsreichsten Märkte waren 1932 aus der Sicht der Konzernleitung die UdSSR, China und Südamerika. Die Exportchancen in diese Regionen sind ständiges Thema der Reusch-Korrespondenz mit seinem Stellvertreter in Oberhausen Kellermann und dem Leiter seines Berliner Büros Martin Blank.³³

Besonders die „Russengeschäfte“ hielten die Konzernleitung in Atem. Die Lieferung von Werkzeugmaschinen, Maschinen für das Hüttenwesen, Dampfkesseln und –turbinen, Elek-

28 Kellermann an Reusch, 6.8.1932, RWWA, 130–4001012003/15.

29 Kellermann an Reusch, 13.9.1932, ebd.

30 Ebd.

31 Reusch an Ministerpräsident a.D. v. Kahr, 13.2.1932, RWWA, 130–400101293/12.

32 Vgl. z.B. den Geschäftsbericht 1931/32 und den Pressekommentar dazu bei: Peter Langer, *Der Kampf um Gerechtigkeit und Demokratie. Oberhausen 1918–1933*, Oberhausen 2000, Anhang Nr. 52, S. 363–366.

33 Vgl. vor allem die Kellermann-Berichte vom 29.4., 4.5., 12.5., 23.8., 29.8., 5.9. und 13.9.1932, RWWA, 130–4001012003/15 sowie die Korrespondenz mit Blank ab Oktober 1932: RWWA, 130–4001012024/10.

tromaschinen, Pumpen, Maschinen für den Lokomotiv- und Wagonbau sowie von Metallen und Röhren aller Art erreichte im Jahr 1931 einen Höhepunkt, blieb jedoch ständig gefährdet, da die Finanzierung äußerst schwierig war und staatliche Ausfallbürgschaften nur begrenzt zur Verfügung standen. Da die Sowjetunion auf dem Höhepunkt der Krise als der „weltweit größte Abnehmer von Produktionsmitteln und Maschinen“³⁴ oder gar als „der einzige Großbesteller“³⁵ auf diesem Markt angesehen wurde, erhielten die „Russenaufträge“ für viele Firmen der Schwerindustrie existenzielle Bedeutung. Dies wurde von den Vertretern der Industrie in den Verhandlungen über staatliche Garantien ständig und nachdrücklich betont. Bei den Betrieben des GHH-Konzerns betrug die Auftragssumme Ende 1932 10,5 Millionen Mark³⁶, bei einem Gesamtumsatz von 110 Millionen Mark im Geschäftsjahr 1931/32³⁷. Ob dieses Auftragsvolumen für den Konzern insgesamt eine Größenordnung von existenzieller Bedeutung erreichte, kann hier nicht beurteilt werden. Der Auslandsmarkt insgesamt hatte im Krisenjahr 1931/32 einen Anteil von 46 Prozent am Gesamtumsatz der GHH erreicht, verglichen mit 28 Prozent vor Beginn der Krise.³⁸ Paul Reusch verfolgte die Russengeschäfte genau, versah alle Papiere mit seiner Paraphe und kommentierte sie zum Teil direkt.

Den größten Anteil am Russengeschäft hatte die MAN. Sie steckte im Frühsommer 1932 mitten in Verhandlungen über riskante neue Aufträge aus der Sowjetunion, die Reusch so wichtig waren, dass er MAN-Chef Wellhausen am Himmelfahrtstag auf den Katharinenhof eingeladen hatte, um darüber zu reden. Wellhausen berichtete im Anschluss daran: „Daraufhin haben wir uns in Anbetracht des schlechten Bestellungseingangs genötigt gesehen, im Nürnberger Kranenbau zwei elektrisch betriebene Schmiedekräne von je 300 t Tragfähigkeit einschließlich Zubehör zum Preise von rund 770.000 RM in Auftrag zu nehmen.“³⁹ Danach ist die Rede von weiteren Aufträgen und vor allem von den Risiken der Finanzierung. Wellhausen schließt seinen Bericht mit den Sätzen: „Von der bisherigen Vorsicht werden wir natürlich nicht abgehen. Ich werde Sie laufend weiter unterrichtet halten.“⁴⁰ Es ist ein Indiz für die Bedeutung der MAN im Rahmen des Gesamtkonzerns und für die Einschätzung des Risikos gerade der Russengeschäfte, dass Reusch im August 1932 – in den politisch entscheidenden Tagen nach der Juliwahl und bei größter Terminenge wegen seiner bevorstehenden Abreise in die Kur – drei Tage (4.–6.8.) für geschäftliche Angelegenheiten in Nürnberg und

34 Hans-Jürgen Perrey, *Der Russlandausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels*, München 1985, S. 175.

35 Ebd., S. 186. Zum Gesamtkomplex der Russenaufträge 1931/32 vgl. ebd., S. 174ff.

36 Mayer-Etscheid „Stand der Russengeschäfte am 1. Nov. 1932“, 2.11.1932, RWWA, 130-4001012025/5b.

37 Geschäftsbericht 1931/32 bei: Langer, Oberhausen, S. 364.

38 Ebd., S. 365.

39 Wellhausen (Nürnberg) an Reusch, 9.6.1932, RWWA, 130-4001012025/5a. Vgl. auch insgesamt die Akten RWWA, 130-4001012025/5a und b.

40 Wellhausen (Nürnberg) an Reusch, 9.6.1932, RWWA, 130-4001012025/5a.

Augsburg reservierte. Auch nach der Rückkehr aus seinem langen Erholungsurlaub fuhr er zuerst nach Nürnberg (21.–22.9.).⁴¹

Bei den „Russenaufträgen“ kam es anscheinend nicht zu schweren Konflikten zwischen den großen Ruhrkonzernen. Bei aller Konkurrenz um Aufträge und staatliche Kreditgarantien überwog hier das gemeinsame Interesse, den Zugang zu diesem Markt offen und den Kunden zahlungsfähig zu erhalten. Damit setzte sich die Schwerindustrie allerdings zwangsläufig in Gegensatz zu den protektionistischen Interessen der Großlandwirtschaft, die politisch durch ihren direkten Zugang zum Reichspräsidenten besser positioniert war als die Industrie.

4. Bemühungen um die Einbindung der Nazis in ein großes Rechtsbündnis

Als „Machtanmaßungsphase“ im engeren Sinn nimmt diese Untersuchung die sechs Monate zwischen der Juliwahl und Hitlers Ernennung zum Reichskanzler in den Blick. Das Handeln des Konzernherrn Paul Reusch in dieser Phase – und die zugrundeliegenden Motive – werden aber nur verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Reusch in den Monaten davor intensiv bemüht war, der Einbindung der Nazi-Bewegung in die große rechts-bürgerliche Sammlung den Boden zu bereiten. In diesen Zusammenhang gehörten seine schroffe Absage an die Hindenburg-Ausschüsse und die Unterstützung des Stahlhelm-Kandidaten Düsterberg, das Treffen mit Hitler im März und die nachfolgende Knebelung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ sowie die Einrichtung der „Arbeitsstelle Schacht“ zur Beratung der NS-Parteiführung in Fragen der Wirtschaftspolitik. Einigkeit bestand in Kreisen der Unternehmer zweifellos darüber, dass eine große rechte Sammlungspartei zu wünschen sei; Reuschs Aktionen im Frühjahr 1932 waren aber nicht mit seinen Kollegen in der Schwerindustrie oder im Präsidium des RDI abgestimmt. Sein enger Weggefährte in dieser Phase war der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht.

Seit längerem mit Paul Reusch befreundet, war Schacht mehrfach Gast auf dem Katharinenhof, so zum Beispiel kurz vor seiner berüchtigten Rede beim Treffen der rechtsradikalen Verbände in Bad Harzburg. Bei der Vorbereitung auf die Harzburger Tagung hatte er offenbar das dringende Bedürfnis, sich mit Reusch auszusprechen. Er nahm dessen Einladung sofort an und telegraphierte: „Vielen Dank komme gern könnte morgen Abend mit Nachtzug Berlin abfahren und müsste Montag Nacht dort wieder weg.“ Die Herren hatten also ein ganzes Wochenende, um sich über das bevorstehende Spektakel der rechtsradikalen Verbände auszutauschen.⁴²

Nachdem Schacht mit seiner Harzburger Rede einen Sturm der Entrüstung entfacht hatte – auch in bürgerlichen Kreisen –, half ihm Reusch, die zunächst abgerissenen Kontakte wieder

⁴¹ RWWA, 130–400101292/3.

⁴² 12.–15.9.1931: Reusch an Schacht, 10.9.1931 und Telegramm Schacht an Reusch, 11.9.1931, mit den genauen Ankunftszeiten: RWWA, 130–400101290/33a.

zu knüpfen. Reusch bemühte sich sofort, Schacht zu einem klärenden Gespräch mit Reichsbankpräsident Luther zusammenzubringen. Doch Schacht, der sich in Meran erholte, lehnte zunächst ab. In einem handschriftlichen Brief schüttete er dem Männerfreund sein grollendes Herz aus: „Ich glaube persönlich eine ganz friedlicher Mann zu sein, aber was sich die Herren Brüning und Luther diesmal gegen mich persönlich geleistet haben, ist doch etwas reichlich und stimmt meine Bereitwilligkeit zu mündlichen Aussprachen mit diesen beiden Herren erheblich herab. [...] Ich hoffe, Sie nehmen mir das nicht übel, aber schließlich bewahrt sich jeder ja noch einen Rest von menschlicher Empfindung.“⁴³ Die danach folgenden sehr offenen Sätze der Kritik gegenüber der Industrie zeigen, wie sehr Schacht in Paul Reusch einen Gesinnungsgenossen sah: „Es war schade, daß die Industrie in Harzburg fehlte. Das dauernde Mitgehen mit dem derzeitigen System und der Mangel an Bekennermut wird die Industrie ihr innerstes Leben kosten. Ich denke oft an den Katharinenhof zurück und an den deutschen Götterhain.“⁴⁴ Reusch widersprach dem nicht.

Er hatte an den Tagen von Bad Harzburg gemeinsam mit Reichsbankpräsident Luther an der Sitzung des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel teilgenommen und zunächst nur aus der Presse über diese Veranstaltung erfahren. Nach der Lektüre des Stenogramms von Schachts Rede hatte er „kein richtiges Verständnis für den Sturm, der im Anschluss an diese Rede in Berlin entfesselt wurde“.⁴⁵ Dieser Satz vermochte den Zürern in Meran anscheinend soweit zu beruhigen, dass er auf Reuschs Vermittlungsangebot einging: „Ich lege alles gern in Ihre klugen Hände.“⁴⁶

Im Frühjahr 1932 verbrachte Schacht wieder ein ganzes Wochenende auf dem Katharinenhof (11. bis 13. März),⁴⁷ also während des ersten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen und wenige Tage vor Reuschs Treffen mit Hitler. Die Wahl dieses Termins spricht für die Annahme, dass in der schwäbischen Idylle die Strategie der Annäherung an die Nazis und deren Lenkung und Einbindung in ein großes Rechtsbündnis genauer besprochen wurde.

Am 19. März 1932, an genau dem Tag, als Reusch im Braunen Haus in München ausführlich mit Hitler sprach, kam der von Schacht ausgearbeitete Vorschlag, der NS-Parteiführung ein von der Industrie finanziertes Beratungsbüro an die Seite zu stellen, bei der GHH an. Die Begründung dafür ist aufschlussreich: „Das Wahlergebnis vom 13. März wird Sie nicht darüber täuschen, dass die politische Rechtsentwicklung in Deutschland unaufhaltsam fortschreitet und dass die nationalsozialistische Partei bei einer solchen Rechtsentwicklung nicht zu umgehen sein wird. Unser aller Sorge ist dabei die Frage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Ich habe mich bisher diesem Problem nicht besonders zugewandt, halte es aber doch für notwendig, dass von ernster wirtschaftlicher Seite etwas geschieht, um Unfug

43 Schacht an Reusch, 20.10.1931, ebd.; vgl. Reusch an Schacht, 7.10.1931, ebd.

44 Ebd.

45 Reusch an Schacht, 23.10.1931, RWWA, 130–400101290/33a.

46 Schacht (handschriftlich) an Reusch, 26.10.1931, ebd.

47 Reusch an Schacht (Einladung), 27.2.1932, ebd. Antwortkarte Schacht an Reusch. o.D., mit genauer Ankunftszeit am 11.3. in Heidelberg: ebd.

zu verhüten.⁴⁸ Es ist bemerkenswert, dass die Wirtschaftspolitik der Nazis offenbar der einzige Anlass zur Sorge war.

Reusch, der Hitler in ähnlichem Sinne beraten hatte, war begeistert: „Ich stimme Ihrem Vorschlag voll und ganz zu.“⁴⁹ Er kümmerte sich in den folgenden Wochen um die Finanzierung. Reusch fühlte sich in diesen Tagen bestärkt durch andere konservative Politiker, die der Meinung waren, dass es gelte, „das Gute aus den National-Sozialisten herauszuholen“, dass sie gegenwärtig noch „in den Flegeljahren stecken und erzogen werden müssen“.⁵⁰ Anfang Juni erfuhr Reusch bereits konkreter, wie Schacht sich die Arbeit des Beratungsbüros für die NS-Parteiführung vorstellte.⁵¹ Er hatte mittlerweile das nötige Geld gesammelt: Von Springorum 6.000 Mark, von Thyssen und der GHH je 3.000 Mark. Auch Krupp hatte eine Finanzierungszusage gegeben: Ende Juni 1932 bat er Schacht um eine Bestätigung des Zahlungseinganges.⁵²

Diese Aktivitäten liefen parallel zum Sommerwahlkampf, in dem die Nationalsozialisten in Deutschlands Städten rücksichtslose Gewaltorgien entfesselten, was Reusch nicht hinderte, gegenüber den Redakteuren der „Münchner Neuesten Nachrichten“ auf die Einhaltung des mit Hitler vereinbarten „Burgfriedens“ zu pochen und den bürgerlichen Parteien weiterhin die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu empfehlen.⁵³ Immerhin wandte er sich intern gegen antisemitische Auswüchse und forderte den „Fränkischen Kurier“ auf, auch weiterhin Anzeigen jüdischer Firmen zu drucken: „Ich halte es für ganz selbstverständlich, dass Sie die Anzeige aufgenommen haben, und bin im Übrigen der Ansicht, dass gegen die maßlose Judenhetze, die da und dort in der letzten Zeit wieder auftaucht, auch einmal im textlichen Teil der Zeitung Stellung genommen werden soll.“⁵⁴

Die nationalsozialistischen Ideen zur Wirtschaftspolitik führten dann jedoch schneller als erwartet zur Trübung des Verhältnisses; in diesem Bereich nahm Reusch die Verlautbarungen der Nazis sehr genau zur Kenntnis. Ende Juli 1932 verlangte er von der von ihm mitfinanzierten „Arbeitsstelle“ energisches Intervenieren gegen das kürzlich erschienene anti-kapitalistische Wirtschaftsprogramm der NSDAP. Er schrieb seinem Freund Schacht einen bissigen Brief über die Wahlkampf-Broschüre der NSDAP: „Ich nehme an, daß Sie diese Schrift kennen und den vielen Unsinn, der darin steht, gelesen haben.“ Reusch forderte Schacht auf, persönlich „den Herren in München die entsprechende Aufklärung [zu] geben“.⁵⁵ Aus diesem Schreiben spricht keine prinzipielle Gegnerschaft gegen die NSDAP, sondern eher Ärger

48 Schacht an Reusch, 18.3.1932, ebd.

49 Reusch an Schacht, 20.3.1932, ebd.

50 Schäffer an Reusch, 15.4.1932, RWVA, 130–400101293/12. Vgl. Reusch an Schäffer, 23.4.1932, ebd.

51 Schacht an Reusch, 6.6.1932, RWVA, 130–400101290/33a.

52 Reusch an Schacht, 9.6.1932, ebd.; Reusch an Schacht, 25.6.1932, ebd.

53 Reusch an Schäffer, 7.7.1932, RWVA, 130–400101293/12. Zur Bereitschaft der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten in Reuschs engstem Umfeld in diesen Tagen vgl. auch Wilmowsky an Reusch, 27.6.1932, RWVA, 130–400101290/39.

54 Reusch an Bomhard, 7.7.1932, RWVA, 130–4001012007/15a.

55 27.7.1932, RWVA, 130–400101290/33 a, abgedruckt in: Koszyk, Reusch, Dokument 12, S. 103.

über fehlinvestiertes Geld: Wozu hatte man denn die „Arbeitsstelle Schacht“ ins Leben gerufen, wenn sie derartige Broschüren nicht verhindern konnte!

Schacht bekam erst im September einen Termin bei Hitler, der ihm dann aber versprach, dass die Broschüre mit dem vielen wirtschaftspolitischen „Unsinn“ sofort eingestampft werde. Hitler wollte also keinen Ärger mit den Industriebossen. Schacht war damit zufrieden, er setzte weiterhin auf die Nazi-Bewegung: „Ich habe wiederum den beruhigenden Eindruck aus der Unterhaltung mitgenommen, erstens, dass er seine Bewegung nach wie vor in der Hand hat und zweitens, dass er keinen wirtschaftspolitischen Unsinn machen wird.“⁵⁶ Dann holte er aber zu einem Seitenhieb auf die Industriellen aus: „Ebenso sicher bin ich nach wie vor, dass die Führer der deutschen Wirtschaft immer nur hinter der jeweiligen Regierung herlaufen werden, obgleich Herr v. Papen in seiner gestrigen erstaunlichen Rede ihr die Verstaatlichung angedroht hat, wenn sie jetzt nicht für Mehreinstellung von Arbeitern sorgt.“⁵⁷ Reusch wies diesen Vorwurf zurück.⁵⁸ Doch dies greift der Entwicklung vor.

5. Innenpolitische Einflussnahme im August 1932

Aufstellung 1: Reuschs Termine im August 1932:

- 24.7. – 2.8. Oberhausen
- 3.8. Bad Ems
- 4. – 5.8. Nürnberg
- 6.8. Augsburg
- 6. – 7.8. Katharinenhof
- 8.8. Berlin (Gespräche mit Reichsbankpräsident Luther, Wirtschaftsminister Warmbold, dem chinesischen Gesandten, DIHT-Geschäftsführer Hamm, RDI-Geschäftsführer Kast)
- 9. – 14.8. Oberhausen
- 15. – 17.8. Berlin (16.8. 10.30 Uhr Vorbesprechung im RDI
13.30 Uhr Reichsbankpräsident Luther
17.00 Uhr Krupp – Themen: China-Geschäft, Gelsenberg
19.00 Uhr Freiherr v. Wilmowsky
17.8. 10.15 Uhr Präsidiumssitzung des RDI
13.30 Uhr Springorum
16.00 Uhr DIHT)
weitere Gespräche vorgesehen mit Kast, Warmbold, dem chinesischen Gesandten, dem Vorsitzenden des „Erneuerungs-Bundes“ Gessler)
- 18.8. – 18.9 Kur in Badgastein und Sils Maria (Engadin)⁵⁹

⁵⁶ Schacht handschriftlich an Reusch, 12.9.1932, RWWA, 130–400101290/33a.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Reusch an Schacht, 21.9.1932, RWWA, 130–400101290/33a, s. unten.

⁵⁹ Die Terminübersichten auch im Folgenden nach: RWWA, 130–400101292/3.

Nach dem phänomenalen Wahlsieg am 31. Juli 1932, der die NSDAP zur stärksten Partei im Reichstag machte, schien für Fritz Thyssen und einzelne andere Repräsentanten der Schwerindustrie der Zeitpunkt gekommen, Hitler als Kanzler einer Rechts-Koalition die Macht zu übertragen.⁶⁰ Reusch sah das anders. Er schrieb dem Chefredakteur des „Schwäbischen Merkur“: „Ich bitte, nach wie vor die gegenwärtige Reichsregierung auf das Wärmste zu unterstützen. Wir kommen in Deutschland nur weiter, wenn die Parteien bei der Regierungsbildung in Zukunft ausgeschaltet werden. Das vorzunehmende Reformwerk ist so ungeheuerlich groß, dass man vorläufig nicht daran denken kann, die Parteien im Reich und Preußen irgendwie wieder an die Regierung heranzulassen.“⁶¹ Aus dieser Überzeugung heraus widersprach Reusch auch Freiherr v. Wilmowsky, Krupps Schwager, der sich durchaus für eine Regierungsbeteiligung der Nazis erwärmen konnte.⁶²

Die in konservativen Kreisen erträumte „Reichsreform“, auf die Reusch anspielte, schien unter der Präsidialregierung Papen in greifbare Nähe gerückt. Wie diffus dieses Gedankengebäude auch immer war, es hatten sich 1932 in Reuschs persönlichem Umfeld folgende Bestandteile herauskristallisiert: Demokratie und Mehrheitsprinzip sollten abgeschafft werden; der Reichspräsident legitimierte sich nicht aus Wahlen, sondern „aus höherem Recht“; der Präsident sollte ein Präsidialkabinett „unabhängig von Parteien, Verbänden, Organisationen“ bilden.⁶³ Institutionalisiert hatten sich diese Gedanken im „Bund zur Erneuerung des Reiches“, den „Männer der Wirtschaft, unter ihnen der Feuerkopf Paul Reusch, der ‚Löwe von Oberhausen‘“⁶⁴ ins Leben gerufen hatten. Reusch war auch in dem hier beleuchteten Zeitabschnitt ständig bemüht, die nötigen Gelder für diesen „Bund“ aufzutreiben.

In dieses gedankliche Raster passte Papens „Preußenschlag“ ganz hervorragend. Kritik daran wies Reusch in schroffem Ton zurück. Der Reichstagsabgeordnete der Bayerischen Volkspartei (BVP) Graf Quadt hatte sich die Freiheit genommen, die verfassungswidrige Absetzung der preußischen Regierung offen zu kritisieren, unter anderem mit der Bemerkung, dass man es sich in Bayern auch verbitten würde, von Berlin einen Reichskommissar aufgedrückt zu bekommen. Dafür wurde der bayerische Graf prompt abgestraft: Reusch ließ seinen Berliner Büroleiter Martin Blank wissen, dass die BVP von der westlichen Industrie kein Geld mehr erhalten würde. Die Begründung des GHH-Chefs ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Wenn in Bayern eines Tages Zustände eintreten, die ein Eingreifen notwendig machen – sagen wir beispielsweise, dass der Kommunismus wieder ans Ruder käme – dann wird die Berliner Regierung vorher die Bayerische Volkspartei nicht fragen, ob sie einen

60 Turner, Großunternehmer, S. 332.

61 Reusch an Dörge, 4.8.1932, RWWA, 130–4001012007/13.

62 Vgl. Wilmowsky an Reusch, 9.8.1932, und Reusch an Wilmowsky, 11.8.1932, in: RWWA, 130–400101290/39.

63 Rundschreiben der Berliner „Herrengesellschaft“ vom 15.3.1932 als Anlage zu: Wilmowsky an Reusch 16.3.1932 (eine „Stellungnahme [...] die sich [...] durchaus mit unserer beiderseitigen Auffassung deckt“), RWWA, 130–400101290/39; Reusch an Wilmowsky, 19.3.1932 (Empfangsbestätigung, kein Widerspruch), ebd.

64 Tilo Freiherr v. Wilmowsky, „Rückblickend möchte ich sagen...“ An der Schwelle des 150-jährigen Krupp-Jubiläums, 2. Aufl., Oldenburg und Hamburg, 1961, S. 115.

Reichskommissar einsetzen soll oder nicht, sondern sie wird im Interesse des deutschen Volkes und des deutschen Reiches handeln!“⁶⁵

Reuschs Briefpartner Wilmowsky verfügte offenbar über gute Kontakte zum ehemaligen Essener Oberbürgermeister Bracht, dem als stellvertretendem Reichskommissar für Preußen die Aufgabe zugefallen war, den „Preußenschlag“ im Sinne der Papen-Regierung administrativ durchzuziehen. In den aufregenden Augusttagen konnte er Reusch berichten, dass er Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk und Bracht „für den Gedanken der Reichsfinanzreform gewonnen“ habe.⁶⁶ Es fällt auf, dass Reusch im ersten Absatz eines kurzen Antwortschreibens von der „Reichsfinanzreform“, danach einfach von der „Reichsreform“ spricht; die beiden Begriffe werden auch in späteren Dokumenten nicht scharf voneinander getrennt, ein bezeichnendes Indiz für das übergeordnete Ziel der großen „Reform“ aus der Sicht der Unternehmer. Für das mühselige Geschäft des alltäglichen „Lobbying“ setzte Reusch im August 1932 auf den ehemaligen Reichswehrminister Gessler, der sich im August in Berlin aufhielt, um „mit den maßgebenden Leuten Rücksprache zu nehmen“. Gessler war zu dieser Zeit Vorsitzender des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“. Reusch hatte Gessler geschrieben, dass er „ein umgehendes Eingreifen für notwendig halte“, dass er es aber „für taktisch verfehlt halten würde, wenn wir in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten“.⁶⁷ Krupps Schwager Wilmowsky bestätigte wenig später, dass Gessler bereits mit mehreren Kabinettsmitgliedern Fühlung genommen habe, dass er auch mit Papen sprechen wolle und dass er deshalb hoffe, „dass die Sache nunmehr marschieren wird“.⁶⁸ Reuschs Zielen entsprach es also am ehesten, wenn die Präsidialregierung Papen, die von Anfang an die Sympathien Reuschs und der Mehrheit der Industriellen genoss⁶⁹, im Amt blieb.

Das von hohen Erwartungen gespeiste Eintreten für die Präsidialregierung Papen hieß nun keineswegs, dass Reusch den Gedanken der Einbeziehung der Nationalsozialisten in bürgerliche Rechtskoalitionen auf Länderebene völlig fallen gelassen hätte. Trotz seiner Empörung über das im Juli erschienene, „unsinnige“ Wirtschaftsprogramm der NSDAP trat er unmittelbar nach der Wahl für Koalitionen mit der Partei ein, und zwar „in den größeren Ländern, abgesehen von Preußen“. Dort sollte sich seiner Ansicht nach „das Zentrum mit den Nationalsozialisten verständigen und damit eine Regierungsbildung ermöglichen“. Aber auch dort erschien ihm dies eher als Notlösung. „Leider besteht eben in diesen Ländern vorläufig keine Möglichkeit, eine außerparlamentarische Regierung zu schaffen, infolgedessen ein Zusammengehen der Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Parteien und dem Zentrum mir notwendig erscheint.“⁷⁰ Das verfehltete Wirtschaftsprogramm der Nazis veranlasste Reusch zunächst auch keineswegs dazu, die wirtschaftlichen Spitzenverbände zum Abbruch der Kon-

65 Reusch an Blank, 11. und 15.8.1932, RWWA, 130–4001012024/10.

66 Reusch an Wilmowsky, 11.8.1932, RWWA, 130–400101290/39. Das Schreiben von Wilmowsky, auf das sich Reusch bezieht, ist nicht in den Akten.

67 Ebd.

68 Wilmowsky an Reusch, 18.8.1932, RWWA, 130–400101290/39.

69 Vgl. Reusch an Dörge, 7.6.1932 („Schwäbischer Merkur“), RWWA, 130–4001012007/13.

70 Reusch an Dörge, 4.8.1932, ebd.

takte mit der NSDAP aufzufordern – im Gegenteil: Anfang August schrieb er dem Geschäftsführer des RDI, er freue sich „zu hören, dass der Reichsverband endlich Fühlung mit der wirtschaftspolitischen Abteilung der Nationalsozialisten genommen hat“.⁷¹ Nach einer recht brüskten Kehrtwendung stellte Reusch jedoch wenig später die Verbandskontakte zu den Nazis wieder in Frage.

Auch gegenüber der anderen von ihm abhängigen Zeitung machte Reusch klar, dass er keineswegs prinzipiell gegen eine Regierungsbeteiligung der NSDAP eingestellt war. Er gab dem Chefredakteur des „Fränkischen Kuriers“ die in Berlin kursierende neue Kabinettsliste mit Hitler als Kanzler, Papen als Außenminister und Schleicher als Reichswehrminister weiter, ohne sich davon eindeutig zu distanzieren: „Meine Meinung geht dahin, dass es vorläufig richtiger wäre, überhaupt keine Parteiangehörigen in die Regierung aufzunehmen, dass also vorläufig auch die Nationalsozialisten aus der Regierung herausbleiben sollten. Nur dann werden die für die Gesundung des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft notwendigen Maßnahmen getroffen werden können. Nach einigen Monaten müsste man dann über die Hereinnahme von Parteimitgliedern in die Regierung sprechen.“⁷² Es ging demnach nur noch um ein „vorläufiges“ Heraushalten der Nationalsozialisten. Reusch schien ernsthaft eine Chance zu sehen, kurzfristig vollendete Tatsachen im Sinne einer anti-demokratischen „Reichsreform“ zu schaffen, um dann später die Nazis „hereinzunehmen“. Hitler überspannte jedoch, auch aus Reuschs Sicht, den Bogen. Nachdem Hindenburg Hitlers Ernennung abgelehnt hatte, ging folgende Weisung an den „Fränkischen Kurier“: „Die Verhandlungen zwischen Hindenburg und Hitler sind gescheitert. Ich lege Wert darauf, dass an dem Verhalten der Nationalsozialisten bei den Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler entsprechende Kritik geübt wird.“⁷³

Diese internen Weisungen an „seine“ Zeitungen legen offen, wie Reusch dachte. Politischen Einfluss übte er damit aber nicht aus. Dass Reusch in dieser Phase noch zu den „politisch aktivsten und einflussreichsten Ruhrindustriellen“⁷⁴ gezählt werden kann, muss bezweifelt werden. Mit seinen Alleingängen nach dem Rückzug aus seinen Verbandsposten im Jahre 1930 hatte er seine Position im Lager der Unternehmer sicher nicht gestärkt, außerdem war er bei wichtigen Terminen oft nicht mehr anwesend. Hinzu kam seine angeschlagene Gesundheit; in der zweiten Augushälfte zogen ihn seine Ärzte wieder für mehrere Wochen aus dem Verkehr und schickten ihn zur Kur nach Badgastein. So gehörte er auch nicht zur Delegation des RDI, die am 25. August 1932 in einem Gespräch mit Reichskanzler v. Papen Übereinstimmung in praktisch allen Fragen der Wirtschaftspolitik erzielte.⁷⁵

71 Reusch an Herle, 4.8.1932, RWWA, 130–400101220/13a.

72 Reusch an Kötter, 8.8.1932, RWWA, 130–4001012007/15b.

73 Reusch an Kötter, 14.8.1932, ebd.

74 Turner, Großunternehmer, S. 332.

75 Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin/Bonn, 1987, S. 708–709.

6. Reusch als Zuschauer bei den politischen Ereignissen im September 1932

Der begeisterten Zustimmung, die Papen aus dem Lager der Industrie entgegenschlug, entsprach spiegelbildlich das Entsetzen über die geänderte Taktik der Nazis im August 1932. In scharfer Frontstellung gegen die höchst unpopuläre Regierung Papen trat Hitler plötzlich für die Einhaltung parlamentarischer Spielregeln ein. „Denjenigen Großunternehmern, die wie Reusch erleichtert aufgenommen hatten, die Regierung Papen habe der parlamentarischen Demokratie ein für allemal ein Ende gesetzt, konnte die plötzliche Begeisterung Görings und anderer führender Nationalsozialisten für eine auf das Parlament gestützte Regierung nur als verhängnisvolle Entwicklung erscheinen.“⁷⁶

Am 12. September brachten die Nationalsozialisten zusammen mit Kommunisten, Sozialdemokraten und Zentrum Reichskanzler von Papen im Reichstag eine vernichtende Abstimmungsniederlage bei. Göring zog als Reichstagspräsident den Misstrauensantrag in demütigender Form gegen Papen durch. Unmittelbar nach der sich anschließenden Auflösung des Reichstages begann die NSDAP einen Wahlkampf mit scharf antikapitalistischen Akzenten.

Reusch erlebte diese Vorgänge nur aus der Ferne mit, irgendwie beeinflussen konnte er sie nicht. Martin Blank, sein Statthalter in Berlin, hielt ihn auf dem Laufenden. Blanks ausführliche Lageberichte und die darin enthaltenen Wertungen spiegeln wahrscheinlich recht gut wieder, welche Themen den Firmen-Patriarchen interessierten und wie er die Entwicklung in dieser Phase beurteilte. Seine Zustimmung zu Blanks Berichten geht aus der Tatsache hervor, dass er an keiner Stelle widersprach.⁷⁷

Einen breiten Raum nimmt in Blanks Berichten die Schilderung des „Frontsoldatentages“ ein. Anfang September marschierten 160.000 „Stahlhelmer“ in Berlin auf. Blank lobte mehrfach den „ausgezeichneten Eindruck“, den die uniformierten Massen in der Hauptstadt hinterließen. Besonders begeisterte ihn die Tatsache, dass die Hälfte der Marschierer „Jung-Stahlhelmer“, die den Krieg nicht als Soldaten erlebt hatten, gewesen seien: „Ein erfreulicher Beweis dafür, dass trotz der Hitler-Bewegung auch dem Stahlhelm immer noch junge Menschen zuströmen.“⁷⁸ Der euphorische, mit naiven Hoffnungen auf eine eigene Massenbasis getränkte Bericht war sicher Balsam für die verwundete Seele des Stahlhelm-Mitgliedes Reusch⁷⁹, der in den Monaten zuvor mehrere Rückschläge hatte einstecken müssen: Die Unfähigkeit der bürgerlichen Rechten, sich zu einigen; den im Juni erneut gescheiterten Versuch, Hugenberg zu stürzen; die vernichtende Wahlniederlage der mit viel Geld hochgepäppelten rechts-bürgerlichen Parteien bei der Juli-Wahl; das Gespenst einer schwarz-braunen Koalition; die Renitenz der liberalen Redakteure „seiner“ Zeitungen; die Unverschämtheit der zeitweise umworbenen Nazis – und dies alles vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, durch die er seinen Konzern steuern musste.

⁷⁶ Turner, Großunternehmer, S. 333–334.

⁷⁷ Reusch an Blank, RWVA, 4001012024/10.

⁷⁸ Blank an Reusch, 5.9.1932, ebd.

⁷⁹ Vgl. Reusch an Major Niederhoff, Mülheim, 10.3.1932, RWVA, 130–400101293/12.

Was Blank in diesem September weiter zu berichten hatte, war aus dieser Perspektive weniger erfreulich als der „Frontsoldatentag“: Die Gerüchte über ein Zusammengehen von Zentrum und NSDAP wollten nicht verstummen, wenngleich Blank diese Gefahr als gering einschätzte. Hitler gebärdete sich in seiner Rede im Berliner Sportpalast und wenige Tage später in München so radikal, dass seine Regierungsbeteiligung auf längere Sicht ausgeschlossen schien. Blank bedauerte dies: Die „Eingliederung des Nationalsozialismus in die Reichsregierung ist sicher außerordentlich erwünscht, ich fürchte aber, dass sie angesichts der Verhetzung in der nationalsozialistischen Presse und in ihren Wählermassen kaum erreicht werden wird.“⁸⁰ Blank scheint in Gesslers Bemühungen um die „Reichsreform“ mit einer Regierung ohne Parteien, also auch ohne Nationalsozialisten, nicht eingeweiht gewesen zu sein. Denn drei Tage später griff er das Thema einer Regierungsbeteiligung der Nazis wieder auf. Er sei, wie andere Vertreter der bürgerlichen Rechten, der Meinung, dass Hitler in die Regierung eingebunden und Hindenburgs Widerstand gegen diese Lösung überwunden werden müsse. Bedauerlicherweise sei es jedoch „nach wie vor zweifelhaft, ob diese Lösung angesichts der Ablehnung des Alten Herrn und der Radikalisierung der NSDAP überhaupt erreicht werden kann“.⁸¹

Blanks Einschätzung ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert: Sie zeigt einmal, dass die mit der Harzburger Front verbundenen Hoffnungen trotz der vielen Enttäuschungen über die Nationalsozialisten in bürgerlichen Kreisen, denen Reusch nahe stand, noch lebendig waren. Sie relativiert andererseits Reuschs hartes Verdikt gegen die Wirtschaftspolitik der NSDAP in seinen Schreiben an Schacht: Entweder hatte Blank gar nicht bemerkt, dass Reusch seit Juli innerlich wieder stärker auf Distanz zu den Nazis gegangen war, oder er sah die Möglichkeit, seinen Chef behutsam wieder umzustimmen, sobald die Nazis ihre Taktik änderten.⁸² Blanks etwas resignierende Bemerkung offenbart schließlich auch, dass zwischen dem Netzwerk der Industrie und dem – politisch entscheidenden – Netzwerk des Reichspräsidenten wenig Berührungspunkte bestanden, denn eine irgendwie geartete Einflussmöglichkeit sah er nicht.

Reusch ging in seinem ersten Antwortschreiben an Blank auf das Kernproblem des Umgangs mit den Nazis überhaupt nicht ein, sondern nahm sich sofort wieder seinen Lieblingsfeind Hugenberg vor: „Wir müssen versuchen, Hugenberg von seinem Thron zu entfernen“, dann würde die DNVP in Wahlen auch wieder besser abschneiden. Blank hatte ihm von wachsendem Druck auf den Vorsitzenden der Deutschnationalen berichtet. Die Vorstellung, durch eine einfache personelle Rochade für die bürgerlichen Rechtsparteien im Herbst 1932 wieder Boden gutmachen zu können, muss als geradezu naiv bezeichnet werden. Dabei betrachtete Reusch die parlamentarische Demokratie eigentlich als erledigt: „An sich halte ich es für einen schweren Fehler, dass überhaupt Neuwahlen angesetzt sind.“⁸³

80 Blank an Reusch 7.9.1932, RWWA, 130–4001012024/10.

81 Blank an Reusch, 10.9.1932, ebd.

82 Vgl. oben die Korrespondenz Reusch – Schacht vom 27.7., 12.9., 21.9.1932.

83 Reusch an Blank, 21.9.1932, RWWA, 130–4001012024/10. Zu den Berichten Blanks an Reusch im September 1932 vgl. Turner, Großunternehmer, S. 338.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Oberst v. Gilsa, lange Zeit Reuschs zweiter Berichterstatter aus Berlin, reagierte auf die Radikalisierung der NSDAP mit offener Enttäuschung. In einem Schreiben an seinen Mentor bezeichnete er „die gegenseitige Verhetzung innerhalb der nationalen Front“ als „außerordentlich bedauerlich“. Der Wahlkampf werde „sehr scharf zwischen den Deutschnationalen und den Nazis ausgetragen werden“. Er werde sich als ein „Kampf um die Erhaltung der Privatwirtschaft gegen Sozialisierungstendenzen“ darstellen. Selbst die „Massen des Stahlhelms“ neigten immer stärker derartigen Tendenzen zu. Hitler sei durch die Linkstendenzen innerhalb seiner Partei erheblich unter Druck geraten. „Bei den Nationalsozialisten gilt es jetzt geradezu als Trumpf, möglichst auch äußerlich als Prolet zu erscheinen und sich so zu benehmen, um damit auf die Massen zu wirken. Selbst persönlich hoch anständige Leute, wie Epp und Göring, die ich beide gut kenne, legen zur Zeit geradezu Wert darauf, in der Art ihres Auftretens dem proletarischen Empfinden möglichst zu entsprechen. Der Reichstagswahlkampf der Nazis wird außerordentlich demagogisch und unter starker Herausstellung rein sozialistischer Gedanken geführt werden. Man hofft dadurch das, was man an bürgerlichen Stimmen verliert, aus dem Lager der marxistischen Arbeitnehmer wieder hereinzuholen.“⁸⁴

Bei dieser Schelte mögen taktische Erwägungen auch eine Rolle gespielt haben, nämlich die Hoffnung des Parteipolitikers, die Geldgeber in der Industrie wieder ausschließlich an die Deutschnationalen zu binden; aus den Zeilen spricht aber auch die Enttäuschung des begeisterten Anhängers der Harzburger Front, dessen Hoffnungen durch die Agitation der Nazis zunichte gemacht wurden. Noch in den Wahlkämpfen des Frühjahrs 1932 war Oberst v. Gilsa auf die Nazis zugegangen: „Mit den Nationalsozialisten haben wir hunderte Ziele gemeinsam.“⁸⁵ Jetzt verlangte er die Distanzierung von der NSDAP.

Gilsa fand es „bedenklich“, „dass immer noch Industrieführer in diesem Augenblick für die Nazis eintreten, anstatt klar zu sagen, dass sie den neuen Kurs nicht mitmachen werden.“ Ein Industrieller, dessen Namen Gilsa nicht erfahren hatte, habe gesagt, „man habe schon zuviel Geld bei den Nazis investiert, um sie jetzt geldlich fallen lassen zu können“. Gilsa wand sich gegen die vage Hoffnung, „dass es schon nicht so schlimm mit den Nazis werden wird“. „Wer die jetzige Stimmung bei den Nazis wirklich kennt, weiß, dass sie zwar das Geld gern einstecken, aber dann doch hohnlächelnd ihren Kampf gegen die Privatwirtschaft fortsetzen werden.“ Abschließend bat Gilsa um einen Gesprächstermin, um Reusch über ein eineinhalbstündiges Gespräch mit Hugenberg, das er für sehr bedeutsam hielt, berichten zu können.⁸⁶ Gilsa hatte offenbar ein sehr gutes Gespür für die Stimmungslage seines Chefs, von dessen Wohlwollen seine materielle Existenz völlig abhing. Denn Reusch reagierte sofort und stellte ihm einen Termin bereits für die folgende Woche in Oberhausen in Aussicht.⁸⁷

84 Gilsa an Reusch, 19.9.1932, RWWA, 130–400101293/4b.

85 Generalanzeiger Oberhausen, 15.4.1932. Vgl. Langer, Kampf, S. 214.

86 Gilsa an Reusch, 19.9.1932, RWWA, 130–400101293/4b.

87 Reusch an Gilsa, 21.9.1932, ebd. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 338–339.

7. Reusch im Herbst-Wahlkampf

Aufstellung 2: Reuschs Termine von Ende September bis Anfang November 1932:

21. – 22.9. Nürnberg,
23.9. Baden-Baden (Aktionärs-Versammlung Haniel & Cie),
24. – 25.9. Oberhausen,
26.9. Osnabrück, abends Ankunft in Hamburg,
27.9. Hamburg (Aufsichtsrat Deutsche Werft),
3. – 5.10. Berlin (3.10. 10.00 Uhr Geheimrat Bücher, AEG
11.30 Uhr Besuch beim Chinesischen Gesandten
13.30 Uhr Frühstück mit Dr. Hamm (DIHT)
18.30 Uhr Besuch bei Reichskanzler v. Papen
4.10. Vorstandssitzung DIHT gestrichen; private Termine
5.10. 9.15 Uhr Vorstandssitzung DIHT
10.00 Uhr Hauptausschuss-Sitzung DIHT
22.08 Uhr Abreise nach Stuttgart)
6. – 7.10. Esslingen und Nürnberg: firmeninterne Termine
8.10. Katharinenhof: Besprechung über den „Bund zur Erneuerung des Reiches“
9. – 10.10. Basel (Verwaltungsratssitzung der BIZ); weitere geschäftliche Termine in Winterthur und Zürich
11. – 12.10. Nürnberg
13. – 15.10. München.
16. – 19.10. Oberhausen
20. – 21.10. München (u.a. Treffen mit Edgar Jung)
22. – 25.10. Oberhausen
26.10. Frankfurt Aufsichtsratssitzung der Holzmann AG
27. – 28.10. Berlin (27.10. 7.00 Uhr Ankunft Potsdamer Bahnhof
10.30 Uhr Büro GHH: v. Borsig jr.
11.30 Uhr Justizrat Class
12.00 Uhr Präsident a.D. Winnig
12.30 Uhr Dr. Reuter
13.30 Uhr Frühstück im Hotel Kaiserhof mit Bücher, AEG, Bosch, IG Farben, Kastl, RDI
15.30 Uhr Club von Berlin: Präsidialsitzung des RDI
28.10. 10.30 Uhr Aufsichtsratssitzung Hackethal
12.30 Uhr Aufsichtsratssitzung Kabel- u. Metallwerke Neumeyer AG
17.00 Uhr Aufsichtsratssitzung Osnabrücker Kupfer- u. Drahtwerke AG
23.17 Uhr Abreise Potsdamer Bahnhof)
- 29.10. – 31.10. Oberhausen
1. – 3.11. Nürnberg
4. – 9.11. Oberhausen⁸⁸

⁸⁸ RWVA, 130-400101292/3, Lücke in den Akten 28.9.–2.10.1932.

Unmittelbar nach Rückkehr aus der Kur ging Reuschs Antwortschreiben an Schacht heraus, aus dem deutlich die Verstimmung sprach über den Vorwurf, die Industrie laufe immer nur hinter der jeweiligen Regierung her. Den bärbeißigen GHH-Chef, der sich einiges darauf zugute hielt, sich von keinem Kanzler „einwickeln“ zu lassen⁸⁹, musste diese Kritik zutiefst verletzt haben. Er wies sie entschieden zurück, er laufe hinter keiner Regierung her. Das von Schacht erwirkte Einstampfen der NS-Wirtschaftsbroschüre konnte ihn nicht besänftigen, andere Dinge, die gegen die NSDAP sprachen, waren hinzugekommen. Er habe die Nazis früher durchaus „sympathisch“ gefunden, aber er sei jetzt besonders enttäuscht über ihr Zusammengehen mit den Kommunisten.⁹⁰ Fast gleichzeitig antwortete er dem RDI-Geschäftsführer Herle, der ihm noch während seiner Kur eine 30-seitige Stellungnahme zum „Wirtschaftlichen Sofortprogramm der NSDAP“ vom Juli hatte zukommen lassen. Hatte er noch Anfang August die Kontaktaufnahme des Verbandes mit der Führung der Nazis begrüßt, so sprach er jetzt nur noch verächtlich von diesem „verschrobenen Programm“ und applaudierte dem RDI-Geschäftsführer zu dessen umfassender Kritik. Einen weiteren „Gedankenaustausch zwischen Industrie und NSDAP“ hielt er nicht mehr für sinnvoll.⁹¹ Herle signalisierte sofort seine Zustimmung: „Auch ich bin der Meinung, dass zur Zeit der angeregte Gedankenaustausch zwischen Industrie und NSDAP nicht stattfinden sollte.“⁹²

Reuschs Enttäuschung resultierte wohl nicht nur aus dem Verhalten der Nazis, sondern bezog sich auf die Parteipolitik allgemein. Im letzten Quartal des Jahres 1932 wandte er sich wieder von der Tagespolitik ab und konzentrierte sich ganz auf die Leitung seines Konzerns. Dieser Gedanke des Rückzugs in die Firma beschäftigte ihn schon lange; im Frühjahr hatte er dem ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten Kahr geschrieben, er halte sich seit einem halben Jahr „der offiziellen Politik gegenüber vollständig abseits“⁹³. Dies war – sechs Tage vor seinem Treffen mit Hitler! – eine Lüge, im Herbst machte er mit der Absicht ernst. Diese Wendung weg von der Politik spiegelt sich in seiner gesamten Korrespondenz wieder, wird aber im Briefwechsel mit seinem Berliner Büro besonders deutlich.

Es war nicht nur die „Agitation und Hetze“⁹⁴ der NSDAP im Wahlkampf, die viele Industrielle irritierte. Schlimmer noch aus der Sicht der Unternehmer war der wachsende Einfluss der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), die in vielen Betrieben den Schulterschluss mit den Gewerkschaften übte und sich an Streiks beteiligte. Auch der Agrarradikalismus der Nazis, die den Reichslandbund bereits stark unterwandert hatten, stand in

89 Vgl. Reusch an RDI-Geschäftsführer Kastl, 20.9.1931, nach dem Gespräch der RDI-Delegation mit Brüning, in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980, S. 977 Anm. 4.

90 Reusch an Schacht, 21.9.1932, RWWA, 130-400101290/33a.

91 Reusch an Herle, 22.9.1932, ebd. Vgl. Herle an Reusch, 10.9.1932, RWWA, 130-400101220/13a. Das 30-seitige Gutachten befindet sich in: RWWA, 130-400101220/13b.

92 Herle an Reusch, 23.9.1932, RWWA, 130-400101220/13a.

93 13.2.1932, RWWA, 130-400101293/12.

94 Fritz Springorum, Hoesch-Chef und als Reuschs Nachfolger Vorsitzender des Langnamvereins, zitiert bei: Turner, Großunternehmer, S. 338.

diametralem Gegensatz zu den Exportinteressen der Industrie.⁹⁵ Reusch wandte sich entschieden gegen Einfuhrkontingente für landwirtschaftliche Produkte, wie sie der Reichslandbund forderte. Er bezeichnete diese Forderung als „Unverschämtheit“ und verlangte von RDI-Geschäftsführer Kastl, dass der Reichsverband der Industrie „mit aller Schärfe“ dagegen angehen sollte.⁹⁶ Aus dieser Kritik sprach auch die Sorge über die Finanzierung der „Russenaufträge“. Die langfristige Zahlungsfähigkeit der UdSSR hing entscheidend davon ab, ob sie auch Exporte auf dem deutschen Markt unterbringen konnte; dafür kamen aber nur Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte in Frage.⁹⁷ Dass Reusch das Thema des Agrarprotektionismus am ersten Arbeitstag nach seiner Kur sofort aufgriff, zeigt, wie wichtig ihm die Sache war. Man darf unterstellen, dass ihm bewusst war, dass er sich damit in Gegensatz zur Kamarilla des Reichspräsidenten und zu den landwirtschaftlichen Autarkie-Zielen der Nazis setzte.

Reuschs einziger Kontakt mit einem wirklichen politischen Schwergewicht war in diesen Tagen das überraschend angesetzte Gespräch mit Papen.⁹⁸ Über den Inhalt im Einzelnen ist nichts bekannt. Aber eine zeitliche Koinzidenz fällt auf. Noch aus Berlin schrieb Reusch an Kellermann: „Ich bitte, vorläufig von weiteren Lohnherabsetzungen, die sich allenfalls durch Neueinstellung von Arbeitern ergeben, Abstand zu nehmen und erst meine Rückkehr Ende nächster Woche abzuwarten.“⁹⁹ Mitte des Monats forderte er einen Bericht darüber an, „wie viel Leute durch Einführung der vierfachen Schicht auf dem Hochofenwerk und den Kokeereien neu eingestellt werden können“. Er habe gehört, dass Kellermann, „auf jeder Schachtanlage wenigstens ein paar Leute eingestellt habe, um den arbeitslosen Bergleuten etwas Mut zu machen und dadurch zu zeigen, dass man hofft, dass die Lage sich bessert“.¹⁰⁰ Und einen Tag später forderte er zur Rücksprache über die Steuergutscheine der Regierung Papen auf: „Wenn die Steuergutscheine entsprechend den Absichten der Regierung verwendet werden sollten, müssten sie eigentlich zu Bestellungen verwendet werden.“¹⁰¹ Hier zeigt sich eindeutig das Bemühen, dem Konjunkturprogramm der Regierung Papen zum Erfolg zu verhelfen. Vermutlich hatte Reusch sich beim Gespräch mit Papen von dessen Argumenten beeindruckt lassen, wogegen sich in den Quellen nirgends Belege dafür finden, dass Reusch seinerseits den Kanzler irgendwie beeinflusst hätte. Für diese Interpretation spricht auch, dass der Zechenverband sich schon vorher im September „grundsätzlich auf den Standpunkt des Wirtschaftsprogramms des Herrn von Papen“ gestellt und von weiteren Kündigungen abgeraten hatte. Auf diesen Beschluss bezog sich Kellermann, als er Reusch versprach, dass es auf den Zechen „keine weiteren Entlassungen“ geben werde „ohne Ihre [Reuschs] Zustimmung

95 Vgl. ebd., S. 340–341.

96 Reusch an Kastl, 21.9.1932, RWVA, 130–4001012024/10. Vgl. Reusch an Herle, 21.9.1932, RWVA, 130–400101220/13a.

97 Vgl. Perrey, Russlandausschuss, S. 191ff.

98 Im Terminplan handschriftlich nachgetragen.

99 5.10.1932, RWVA, 130–4001012003/15.

100 Reusch an Kellermann, 17.10.1932, ebd.

101 Reusch an Kellermann, 18.10.1932, ebd.

in jedem einzelnen Fall“.¹⁰² Es war Reusch offenbar sehr wichtig, im Einklang mit seinen Unternehmerkollegen das Programm der Regierung Papen zu unterstützen, denn er hatte von seinem Urlaubsort aus, die Entlassung von Bergleuten auf den GHH-Zechen Jacobi und Vondern kritisiert. Im persönlichen Gespräch war es dem Kanzler dann anscheinend gelungen, den GHH-Konzernherrn noch stärker für die Unterstützung seines Wirtschaftsprogramms einzuspannen.

Die weltweiten Exportinteressen veranlassten den Konzern-Chef, dem chinesischen Gesandten seine „Aufwartung“¹⁰³ zu machen, vermutlich mit dem Ziel, Besorgnisse über die Entwicklung in Deutschland bei wichtigen Kunden zu zerstreuen. Während des Juliwahlkampfes hatte er – bezogen auf das Chinageschäft – geschrieben: „Das Ausland hat keinerlei Vertrauen zu Deutschland mehr und wird infolgedessen keine Bestellungen machen. Die Furcht vor einer Revolution in Deutschland ist dadurch noch gestiegen, dass auch die Länderregierungen der Reichsregierung den Krieg erklärt haben.“¹⁰⁴ Es geht an dieser Stelle nicht um die Substanz dieser höchst eigenwilligen, ja erschreckenden, Kommentierung der politischen Vorgänge nach dem Preußenschlag, sondern allein um die subjektive Sicht des Firmenchefs: Die Sorgen um die Exportchancen der GHH verursachten bei ihm bisweilen eine völlig verkehrte Wahrnehmung der politischen Wirklichkeit. Dieses Verdikt gilt auch, wenn man den zitierten Ausbruch zum Teil mit Reuschs Neigung zu rhetorischen Superlativen erklärt. Welch große Hoffnungen Reusch mit dem Chinageschäft verband, zeigte sich auch daran, dass ein hochrangiger Vertreter der Firma nach China entsandt wurde, um die Interessen vor Ort zu vertreten: Der ehemalige Betriebsleiter des Werks Sterkrade Wedemeyer war Anfang September in Schanghai eingetroffen.¹⁰⁵ Kurz nach seinem Gespräch mit dem Gesandten ließ sich Reusch ausführliche Expertisen über das China-Geschäft vorlegen¹⁰⁶.

Vor seiner Berlin-Reise hatte er sich über die Lage in Brasilien nach den revolutionären Unruhen in diesem Land und über die Situation in Chile informiert¹⁰⁷, kurz danach erreichten ihn vertrauliche Berichte über die Situation in Russland.¹⁰⁸ Somit ist anzunehmen, dass bei den Gesprächen mit den Geschäftsführern der großen wirtschaftlichen Dachverbände Hamm (DIHT) und Kastl (RDI) und mit dem AEG-Chef Bücher diese wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund standen. Dafür spricht auch Reuschs geharnischter Protest gegen Einfuhrkontingente in seinem Brief an Kastl wenige Tage zuvor.¹⁰⁹

Im Oktober 1932 erschien das „Wirtschaftliche Aufbauprogramm“ der NSDAP, das den Industriellen mehr behagte als deren frühere Schriften. Reusch wurde von einem wirtschaftspolitischen Berater darüber informiert, von ihm selbst liegen darüber aber keine Äußerungen

102 Kellermann an Reusch, 19.9.1932, ebd.

103 Reusch an Blank, 28.9.1932, RWWA, 130–4001012024/10.

104 Reusch an Kellermann, 16.7.1932, RWWA, 130–4001012003/15.

105 Kellermann an Reusch, 13.9.1932, ebd.

106 Blank an Reusch, 12.10.1932, RWWA, 130–4001012024/10.

107 Blank an Reusch, 26.9.1932, ebd.; Wellhausen (Nürnberg) an Reusch, 29.9.1932, ebd.

108 Blank an Reusch, 19.10.1932, ebd.

109 Siehe oben Fußnote 97.

vor. Im gleichen Monat fanden mehrere Treffen von Industriellen mit Hitler und anderen Nazi-Größen im Ruhrgebiet statt, wobei über den Inhalt dieser Gespräche wenig bekannt ist. Reusch nahm an keinem dieser Treffen teil. Zu einer Gesprächsrunde mit Hitler in Fritz Thyssens Schloss Landsberg bei Essen war Reusch ausdrücklich eingeladen, erschien aber nicht.¹¹⁰ Termine in München waren ihm wichtiger als ein Treffen in kleinem Kreis mit Hitler. Nur der alte Kirdorf und Vögler, als Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke sozusagen Untergebener des Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Thyssen, folgten der Einladung. Der Gastgeber war besonders verärgert, dass auch der RDI-Vorsitzende Krupp die Einladung ausgeschlagen hatte.¹¹¹

Man möchte annehmen, dass Reuschs Absage seiner neuerlichen Antipathie gegen Hitler entsprungen war, genauso plausibel wäre aber die Vermutung, darin eine Art Revanche gegen die Chefs der Vereinigten Stahlwerke zu sehen, die ihn durch ihre Absagen für die Ruhr-ladesitzungen brüskiert hatten. Der interne Streit schwelte weiter; der RDI-Vorsitzenden Krupp nahm diese missliche Situation gegenüber Reusch mehrfach zum Anlass, die fehlende Einigkeit im Lager der Schwerindustrie zu beklagen. Er schlug für Ende September ein Gespräch „in einem ganz kleinen Kreis von sechs bis sieben Herren“ vor, um die „schwebenden politischen Fragen“ zu besprechen.¹¹² Die wichtigste „schwebende Frage“ war aus Reuschs Sicht unverändert der Rücktritt Hugenbergs vom Parteivorsitz, auch darüber sollte gesprochen werden. Trotzdem sagte Reusch wegen der Terminüberschneidungen nach seiner Rückkehr aus der Kur ab. Anfang Oktober erfuhr er vom Fehlschlag der Bemühungen Krupps: „Durch Herrn Springorum werden Sie wohl inzwischen gehört haben, dass es uns in unserer neulichen Besprechung auf dem Hügel nicht möglich war, selbst die wenigen Herren, die zusammengekommen waren, auf eine Linie zu bringen.“ Deshalb sah Krupp auch keinen Sinn darin, den störrischen Hugenberg, wie ursprünglich vorgesehen, überhaupt aufzusuchen, um ihm mit dem Gewicht des Vorsitzenden des RDI die Aufforderung zum Rücktritt zu überbringen.¹¹³ Nach dem erneuten Misserfolg, auf dem Weg zur bürgerlichen Sammlung den aus Reuschs Sicht entscheidenden Schritt zu tun, wandte sich der GHH-Chef auch von den Deutschnationalen ab. Er lehnte ein öffentliches Eintreten für diese Partei ab, solange Hugenberg Vorsitzender blieb.¹¹⁴

Reusch fehlte auch, obwohl persönlich von RDI-Geschäftsführer Herle eingeladen¹¹⁵, bei einer sehr hochrangig besetzten Besprechung von Industriellen im „Klub von Berlin“ am 19. Oktober 1932. Den Vorsitz führte Siemens, von der westlichen Schwerindustrie nahmen immerhin Krupp, Vögler und Silverberg teil. Paul Reuschs Vertrauter Martin Blank war an-

110 Büro Reusch an Thyssen, 19.10.1932, RWWA, 130-400101290/71: Reusch sei am 21.10. „im Revier nicht anwesend“.

111 Turner, Großunternehmer, S. 348–349.

112 Krupp an Reusch, 17.9.1932, HA Krupp, FAH 4 E 1186.

113 Büro Reusch an Krupp, 18.9.1932, und Krupp an Reusch, 3.10.1932, ebd.

114 Reusch an Fürst zu Salm-Horstmar, 13.10.1932, RWWA, 130-400101293/12.

115 Vgl. Reusch an Herle, 13.10.1932: Entschuldigung wegen der „Sitzungen in Süddeutschland“, RWWA, 130-400101220/13a.

wesend und erstellte ein detailliertes Protokoll. Es bestand Einigkeit, dass die Regierung Papen unbedingt im Amt gehalten und eine schwarz-braune Koalition verhindert werden sollte; daher kam finanzielle Unterstützung nur für die rechts-bürgerlichen Parteien zwischen dem Zentrum und der NSDAP in Frage. Dafür wollten die versammelten Herren einen Fonds von 2 Millionen Mark aufbringen. „Radikale“ Parteien, also auch die NSDAP, wurden ausdrücklich von jeglicher finanziellen Unterstützung ausgeschlossen.¹¹⁶ Reusch war an diesem Tag in Oberhausen; es ist nicht ersichtlich, welche zwingenden Termine ihn von einer Fahrt nach Berlin abgehalten hätten. Unmittelbar vor dem Treffen hatte er von Springorum erfahren, dass die GHH in dem routinemäßig durchgeführten Umlageverfahren der Schwerindustrie 19.930 Reichsmark an Wahlgeldern zu zahlen hatte. Reusch verlangte zunächst genauere Auskunft über die Verwendung der Gelder, überwies dann zwei Tage später, allerdings unter der „Bedingung, dass von diesem Betrage die Deutschnationale Partei so lange nicht unterstützt werden darf, als Herr Hugenberg an der Spitze dieser Partei steht“.¹¹⁷ Warum er sich am 19. Oktober trotzdem von seinem Berliner Agenten vertreten ließ, anstatt in dem hochkarätig besetzten Treffen für seinen Standpunkt zu werben, kann nur vermutet werden: Vielleicht aus Verärgerung, weil es wieder nicht gelungen war, Hugenberg „von seinem Thron zu stoßen“, oder wegen seiner starken Beanspruchung in der Firmenleitung gerade in diesen Wochen.

Für Samstag, den 8. Oktober hatte Reusch die führenden Herren des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ auf den Katharinenhof geladen: Den Vorsitzenden Gessler, den Reichsbankpräsidenten Luther, mit dessen Person dieser Bund nach wie vor stark identifiziert wurde, und den Bankier Warburg.¹¹⁸ Es handelte sich wohl um eine Krisensitzung; die Geldgeber drängten im Herbst auf eine Verkleinerung des Büros dieser Organisation. Krupps Schwager Wilmowsky plädierte im Vorfeld des Treffen auf dem Katharinenhof zunächst für eine ausreichende finanzielle Ausstattung, da es jetzt darauf ankomme, „die Reform, die in vollem Marsche ist, in unserm Sinn zu beeinflussen“.¹¹⁹ Wenig später folgte jedoch eine völlige Kehrtwendung: Wilmowsky empörte sich darüber, dass der Erneuerungsbund die Interessen der Wirtschaft nicht hinreichend berücksichtige, und forderte, die Gelder zu sperren.¹²⁰ Auch wenn Reusch dieser Einschätzung in einem beschwichtigenden Brief¹²¹ nicht zustimmte, so sind dies doch eindeutige Indizien dafür, dass der „Lutherbund“ im Herbst 1932 kein großes politisches Gewicht mehr hatte. Noch im Frühjahr des gleichen Jahres hatte der RDI seine Organisation „dem Erneuerungsbund für die Pressepropaganda zur Verfügung“¹²² ge-

116 Protokoll: RWWA, 130–4001012024/10. Vollständig abgedruckt in: Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 468–475. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 354–356.

117 Reusch an Springorum, 17.10.1932, RWWA, 130–400101290/36b. Davor: Springorum an Reusch, 13.10.1932, ebd. und Reusch an Springorum, 15.10.1932, ebd.

118 Terminplan: RWWA, 130–400101292/3.

119 Wilmowsky an Reusch, 22.9.1932, RWWA, 130–400101293/17. Vgl. weitere Schreiben in dieser Sache RWWA, 130–400101290/39.

120 Wilmowsky an Reusch, 5.10.1932, ebd.

121 Reusch an Wilmowsky, 11.10.1932, ebd.

122 Reusch an Krupp, 24.3.1932, HA Krupp, FAH 4 E 1186.

stellt. Davon war jetzt keine Rede mehr. Die Einladung zum Wochenende auf den Katharinenhof zeigt eigentlich nur noch, wie sehr Paul Reusch persönlich die Ideen dieses Bundes am Herzen lagen.

In Bayern standen in dieser Phase Besprechungen in den Tochterfirmen, aber auch kulturelle Termine an, so zum Beispiel die Verwaltungsratssitzung des Germanischen Nationalmuseums und die Senatsitzung der Deutschen Akademie im Maximilianeum. Außerdem waren Gespräche vorgesehen mit Oswald Spengler und Freiherr v. Gebstättel sowie den BVP-Politikern Schäffer und Graf Quadt, nicht aber mit wirklich hochkarätigen Politikern oder Industriellen. Auch zum „Braunen Haus“ gab es keine Kontakte.¹²³

8. Skepsis und Zurückhaltung:

Reuschs Reaktion auf die Novemberwahl und deren Folgen

Aufstellung 3: Reuschs Termine im November und Dezember 1932:

- | | |
|----------------|--|
| 10.11. | Den Haag (Tochterfirma Goederentranspoort en Handel Maatschapij Rollo) |
| 11. – 12.11. | Katharinenhof |
| 13. – 14.11. | Basel (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) |
| 15. – 16.11. | Oberhausen |
| 17.11. | Stuttgart, abends Katharinenhof |
| 18.11. | Esslingen, Augsburg |
| 19.11. | Augsburg |
| 20.11. | Oberhausen |
| 21.11. | Osnabrück (Tochterfirma Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerk AG) |
| 22. – 23.11. | Oberhausen, Teilnahme an der Mitgliederversammlung des Langnamvereins in Düsseldorf |
| 24. – 25.11. | Berlin (24.11. vormittags private Termine
13.15 Uhr „Frühstück“ mit Wilmowsky
15.30 Uhr Sitzung des Präsidiums des RDI; weitere Gespräche vorgesehen mit Krupp („Ort und Zeit für die nächste Ruhrladesitzung!“, „China-Angelegenheit“), Bosch (IG Farben) und Bücher (AEG)
25.11. 10.15 Uhr Vorstandssitzung des RDI; weitere Termine mit weniger bekannten Persönlichkeiten
20.00 Uhr Abendessen mit Reichsbankpräsident Luther
23.17 Uhr Abreise vom Potsdamer Bahnhof) |
| 26. – 27.11. | Oberhausen |
| 28.11. – 2.12. | Nürnberg (u.a. Aufsichtsrat und Hauptversammlung GHH-Aktienverein) |
| 3. – 4.12. | Katharinenhof (Wochenende) |

¹²³ Terminplan: RWWA, 130–400101292/3.

5. – 9.12. Berlin (5.12. 11.00 Uhr Siemenshaus: Generalversammlung Vaterlandsdank
12.30 Uhr Besprechung mit Kastl und Salin (Deutsche Werft) im GHH-Büro, danach „Frühstück“
17.00 Uhr Gespräch mit v. Gleichen im GHH-Büro
6.12. 10.00 Uhr Vorstandssitzung des DIHT
7.12. 9.30 Uhr Hauptausschuss des DIHT
14.00 Uhr „Frühstück“ mit Staatssekretär Gutbrod
8.12. firmeninterne Besprechungen im GHH-Büro.
9.12. private Termine
22.56 Uhr Abreise vom Bahnhof Friedrichstraße)
- 10.12. Oberhausen
11. – 12.12. Basel
13. – 16.12. München/Augsburg
17.12. – 3.1.
1933 Oberhausen¹²⁴

In der Phase der Reichstagswahlen, der darauf folgenden Machtkämpfe um das Kabinett Papen und der berühmten Eingabe von Unternehmern und Großagariern an Hindenburg weist Reuschs Reiseplan fast ausschließlich auf konzerninterne Geschäftstätigkeit hin. Nur ganz am Rande interessierte sich Reusch in diesen Wochen für politische Angelegenheiten: Einen Tag vor der Reichstagswahl am 6. November 1932 erschien ein Wahlaufruf des „Deutschen Ausschusses ‚Mit Hindenburg für Volk und Reich‘“, der „die Regierung Papen als Hindenburgs Antwort auf die entzweieinde ‚Parteiherrschaft‘ der republikanischen Ära“ bezeichnete. Unter den 339 Unterzeichnern fanden sich „mehrere Dutzend bekannter Persönlichkeiten aus der Großindustrie“, nicht aber Reusch, der jedoch nichts dagegen hatte, dass sein Angestellter v. Gilsa unterschrieb.¹²⁵

Unmittelbar vor der Novemberwahl schickte Reusch an die von ihm abhängigen Zeitungen die Direktive, sich politisch zurückzuhalten, mit einer aufschlussreichen Begründung: „Nach den Wahlen bitte ich, im Kampfe gegen die Nationalsozialisten und die im Gegensatz zur Regierung stehenden Mittelparteien kurz zu treten, um allenfallsige Einigungsverhandlungen nicht zu stören.“¹²⁶ Bei der Mahnung zur Zurückhaltung bezog er also die Nationalsozialisten ausdrücklich mit ein, ganz im Sinne des „Burgfriedens“, auf den er die „Münchener Neuesten Nachrichten“ seit seinem Treffen mit Hitler hatte festlegen wollen. An die Münchener Redakteure richtete er jedoch keinen derartigen Appell. Das hielt er wohl für aussichtslos; denn mit dem Münchener Chefredakteur Büchner hatte er sich in diesen Tagen in einen bi-

124 Ebd.

125 Turner, Großunternehmer, S. 358.

126 Reusch an Dörge, Schwäbischer Merkur, 5.11.1932, RWWA, 130–4001012007/13. Fast gleichlautend: Reusch an Kötter, Fränkischer Kurier, 4.11.1932, RWWA, 130–4001012007/15b.

zaren Streit über „bolschewistische Kunst“, die er im Feuilleton der MNN „verherrlicht“ sah, verbissen.¹²⁷

Turner führt ausführliche Belege dafür an, dass die Industriellen im November geschlossen die Papen- Regierung unterstützten: „All diese Männer waren entschlossen, die Kräfte, die sich hinter die Regierung Papen gestellt hatten, zu stärken und deren Gegnern – einschließlich der Nationalsozialisten – einen Schlag zu versetzen. Nie zuvor waren sich die politisch aktiven Männer der Industrie so einig gewesen wie am Vorabend der Wahlen vom November 1932.“¹²⁸ In Reuschs Direktiven an „seine“ Zeitungen schlug sich eine – wenn auch nur um Nuancen – anders gewichtete Haltung nieder: Unterstützung für Papen schien für ihn nicht zwangsläufig Frontstellung gegen die Nationalsozialisten zu bedeuten. Denkt man an das Zerwürfnis innerhalb der Ruhrlade und an die Düsseldorfer Tagung des Langnamvereins wenig später, so wird man auch Zweifel anmelden müssen, ob die Herren der Industrie wirklich so einig waren, wie es Turner in diesem Fazit verkürzt formuliert. Einige Seiten später führt er selbst Belege an, die dem eigentlich widersprechen.

Hitlers Einbeziehung in die Reichsregierung war keineswegs von der Tagesordnung verschwunden. Wenn die Spitzen der Industrie im Herbst 1932 gegenüber den Nazis verschnupft waren, so galt dies nicht unbedingt für die Industrievertreter in der zweiten Reihe. Max Schlenker, der Geschäftsführer des Langnamvereins – in den Jahren, als Paul Reusch Vorsitzender war, dessen enger Vertrauter – unternahm am 15. November 1932 einen weiteren „Versuch der Großindustrie, Hitlers Halsstarrigkeit zu überwinden und die NSDAP hinter die Regierung Papen zu bringen“. Er regte in einem Brief an Fritz Thyssen an, hinter Hitlers Rücken mit Gregor Strasser und anderen führenden Nationalsozialisten über einen Kompromiss mit der Regierung Papen zu verhandeln. Aber der Versuch scheiterte, weil Thyssen „die offizielle Parteilinie nachplapperte und von Hitlers alleiniger Autorität und dem vereinten Willen der NSDAP sprach.“¹²⁹ Eine explizite Stellungnahme von Reusch zu diesem Versuch Schlenkers liegt nicht vor. Da er seit über zwei Jahren nicht mehr Vorsitzender des Langnamvereins war, wird man seine Zustimmung nicht einfach voraussetzen dürfen. Es ist aber nicht zu übersehen, dass sich der Vorstoß mit den oben zitierten Direktiven an Reuschs süddeutsche publizistische Sprachrohre deckte.

Springorum, Reuschs Nachfolger im Vorsitz des Langnamvereins, geriet bei der Vorbereitung der für den 23. November einberufenen Mitgliederversammlung in erhebliche Schwierigkeiten, als die zwei Hauptreferenten, die Minister v. Gayl und Bracht plötzlich absagten. Als Hintergrund der Absage vermutete Springorum das Scheitern der „Reichsreform“, mit der gerade Reusch noch im August so große Hoffnungen verbunden hatte. Springorum schrieb: Der wirkliche Grund der Absagen „liegt aber darin, dass die Arbeiten für die Reichsverfassungsreform noch soweit zurück sind und noch zu wenig Einigkeit über die Gestaltung innerhalb des Kabinetts selbst besteht, so dass sie es nicht wagen, vor Zusammentritt des

127 Büchner an Reusch, 4.11.1932, RWVA, 4001012007/7; Reusch an Büchner, 6.11.1932, ebd.

128 Turner, Großunternehmer, S. 358.

129 Ebd., S. 362.

Reichstages über diese Probleme öffentlich zu sprechen.¹³⁰ Reusch bemühte sich, seinem Nachfolger aus der Patsche zu helfen, indem er Reichsbankpräsident Luther dazu bewegte, zu der Düsseldorfer Tagung zu fahren, „um dort auch in die Diskussion einzugreifen“.¹³¹ Weder Reusch noch Luther traten dann jedoch bei der Tagung in Düsseldorf am 23. November in Erscheinung. Hauptredner über die erräumte Reichsreform war der rechts-konservative Staatsrechtler Carl Schmitt.¹³² Unter den Mitgliedern des Langnamvereins rumorte es; viele Unternehmer traten jetzt offen für die Kanzlerschaft Hitlers ein, nicht aus Begeisterung für dessen Ideen, sondern weil sie dies für eine Übergangszeit für unvermeidlich hielten. Die führenden Sprecher der westlichen Schwerindustrie unterstützten jedoch nach wie vor die Regierung Papen.¹³³

Im November legten einige Unternehmer und Großagrarier Präsident Hindenburg eine Bittschrift vor, in der sie die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler befürworteten. Es ist heute erwiesen, dass die Idee für diese Eingabe nicht aus der Industrie, sondern aus dem so genannten Keppler-Kreis der NSDAP kam.¹³⁴ Maßgeblich beteiligt war auch Hjalmar Schacht, der aber über das Ergebnis dieser Unterschriftenaktion sehr enttäuscht war: Fritz Thyssen blieb der einzige bekannte Großindustrielle, der unterschrieb. Auch die von einem der Initiatoren aufgestellte Behauptung, Reusch, Vögler und Springorum stünden „grundsätzlich voll und ganz“¹³⁵ hinter dieser Petition, ist nicht haltbar.

Reusch lehnte es in einem Schreiben an Vögler ausdrücklich ab zu unterschreiben: „Ich bestätige die Ihnen heute fernmündlich gemachte Mitteilung, dass ich nach Lage der Verhältnisse davon Abstand nehmen muss, das übersandte Schreiben zu unterzeichnen.“¹³⁶ Dieser Brief enthält keinerlei Hinweis auf eine irgendwie geartete Zustimmung „grundsätzlicher“ Art zu dieser Eingabe an Hindenburg. Was Vögler trotzdem bewogen haben mag, gegenüber dem Bankier v. Schröder, einem der Initiatoren, zu behaupten, Reusch und Springorum teilen „an und für sich die in dem Schreiben niedergelegte Auffassung“¹³⁷, muss der Spekulation überlassen bleiben.¹³⁸ Vögler war sicherlich nicht der geeignete Kontaktmann, der über Reuschs innerste Überzeugungen Auskunft geben konnte oder der Reusch gar hätte dazu bewegen können, seine politische Abstinenz aufzugeben. Zwar bestand bei beiden anscheinend der Vorsatz, über die seit langem bestehenden persönlichen und geschäftlichen Friktionen zu sprechen, aber die beiden Herren fanden keinen passenden Termin; Reusch schlug den 27. Oktober, dann den 23. November (am Rande der Tagung des Langnamvereins) und

130 Springorum an Reusch, 10.11.1932, RWWA, 130–400101290/36 b.

131 Reusch an Springorum, 15.11.1932, ebd.

132 Vgl. Hans Mommsen, *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933*, Frankfurt am Main/Berlin, 1990, S. 480–481.

133 Vgl. Turner, *Großunternehmer*, S. 363–364.

134 Vgl. die überzeugende Argumentation ebd., S. 365–366.

135 Fritz Reinhart an Staatssekretär Otto Meißner am 21.11.1932, Dokument Nr. 12 in Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?*, Köln 1967, S. 72.

136 Reusch an Vögler, 20.11.1932, RWWA, 130–400101290/37.

137 Vögler an v. Schröder am 21.11.1932, Dokument 13 in Czichon, *Wer verhalf Hitler zu Macht?*, S. 72.

138 Vgl. die ausführliche Analyse bei Turner, *Großunternehmer*, S. 519, Anm. 57.

schließlich den 19. Dezember 1932 vor.¹³⁹ Aber ein Gespräch kam nicht zustande. Auch die Ruhrlade kam in diesen Wochen als Gesprächsforum nicht in Frage; der erlauchte Kreis war seit längerem nicht zusammengetreten. Vögler schien diesen Gesprächskreis bereits abgeschrieben zu haben: „Die Ruhrlade hat eigentlich nicht gehalten, was wir uns von ihr versprochen. [...] Der Geist, und auf den allein kommt es immer an, ist nicht der richtige.“¹⁴⁰ Diese fast schon resignierende Bemerkung – ausgelöst von misstrauischer Kritik des Konkurrenten Klöckner – veranlasste Krupp zu dem Stoßseufzer: „Hoffentlich bricht sie [die Ruhrlade] nun doch nicht ganz zusammen!“¹⁴¹ Reusch nahm diese Situation kurz vor Weihnachten zum Anlass, Krupp etwas ratlos für das Gespräch am 23. Dezember vorzuschlagen, „auch über die Wiederingangsetzung der ‚Ruhrlade‘ unsere Meinung auszutauschen“¹⁴². Die Eingabe an Hindenburg fand er nicht der Beachtung wert. Nirgendwo in Reuschs Korrespondenz, außer in dem oben zitierten Schreiben an Vögler, wird sie erwähnt. In der Korrespondenz mit dem RDI ging es in diesen Tagen um ganz andere Dinge: So forderte Reusch „dringend, sich mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Exportkreditversicherung einzusetzen“¹⁴³, und er signalisierte seine Unterstützung für einen Vorschlag, das System der Wahlkampfgelder neu zu ordnen, vor allem aber für den Hilferuf von RDI-Geschäftsführer Herle: „Lasst endlich die Wirtschaft in Ruhe!“¹⁴⁴

Bei den beiden Besuchen in Berlin am Ende des Jahres 1932 enthält der Terminplan keinerlei Hinweis auf Kontakte mit führenden Politikern. Der Vormittag des 24. November war für Privates freigehalten („Besuch bei Schneider Bededict“, „Schuhkauf“),¹⁴⁵ auch im Dezember wäre ausreichend Zeit gewesen für das Einfädeln politischer Aktionen oder Intrigen, die Akten enthalten jedoch keinen Hinweis darauf. Stattdessen ist wiederholt von Terminen mit „Damen“ die Rede, dies spricht für die Vermutung, dass Reusch sich im Gegensatz zu seinen sonstigen Gewohnheiten seinen Aufenthalt nicht mit geschäftlichen Besprechungen voll ausgefüllt hatte, sondern dass er sich gemeinsam mit seiner Frau und Freunden Zeit für private Unternehmungen ließ.

9. Kritik am Programm der Regierung Schleicher

Zurückhaltung, Abwarten, skeptische Distanz kennzeichnen Reuschs Haltung in den letzten Wochen der Weimarer Republik. Auf dieser Linie lag auch die Anweisung an den „Schwäbischen Merkur“ (Stuttgart) nach Papens Sturz, der neuen Regierung Schleicher gegenüber Distanz zu wahren. Reusch passte es gar nicht, dass Schleicher gleichzeitig Reichswehrminis-

139 Reusch an Vögler, 25.10., 20.11 und 7.12.1932, RWWA, 130–400101290/37.

140 Vögler an Krupp „vertraulich“, handschriftlich, 12.10.1932, HA Krupp, FAH 23/793.

141 Krupp an Vögler, 14.10.1932, HA Krupp, FAH 23/793. Vordergründiger Anlass dieses Satzes war der Tod von Winkhaus.

142 Reusch an Krupp, 17.12.1932, HA Krupp, FAH 4 E 1186.

143 Reusch an RDI, 20.11.1932, RWWA, 130–400101220/13a.

144 Reusch an Herle, 24.11.1932, als Antwort auf: Herle an Reusch, 23.11.1932, RWWA, ebd.

145 24.11.1932, RWWA, 130–400101292/3.

ter geblieben war; die Zeitung sollte darauf drängen, dass der neue Kanzler dieses Ministeramt niederlegte.¹⁴⁶

Die Spitzenverbände der Wirtschaft versuchten, die neue Regierung Schleicher auf die Fortsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses von Papen festzulegen, hatten damit aber nur teilweise Erfolg. Schleicher erklärte, er sei weder dem Kapitalismus noch dem Sozialismus verpflichtet, es gehe ihm allein darum, Arbeit zu schaffen. Mitte Dezember erläuterte der neue Reichskanzler führenden Wirtschaftsvertretern sein Programm. An diesem Gespräch nahm auch DIHT-Geschäftsführer Hamm teil, der unmittelbar danach den Mitgliedern seines Verbandes in einem ausführlichen Rundschreiben berichtete, dass Schleichers Regierungsprogramm „von der Wirtschaft, insbesondere auch von den Handelskammern, trotz mancher Bedenken gegen einzelne Teile, mit großer Befriedigung aufgenommen“¹⁴⁷ worden sei.

Reusch war damit überhaupt nicht einverstanden und antwortete mit einer wütenden siebenseitigen Replik: Die Betonung der Distanz *sowohl* zum Kapitalismus *als auch* zum Sozialismus hätte „die schärfste Kritik des Deutschen Industrie- und Handelstages finden müssen. [...] Gegenüber der verschwommenen Formel von der Durchführung des ‚Vernünftigen‘ hätte sich der Deutsche Industrie- und Handelstag mit stärkstem Nachdruck für die Freie Wirtschaft gegen den Sozialismus, für den Individualismus gegen den Kollektivismus erklären müssen.“ Schleichers Kritik an der Finanzpolitik von Reichsbankpräsident Luther wies Reusch zurück. Die Wirtschaft brauche dringend langfristig angelegte „steuerliche und sozialpolitische Entlastungsmaßnahmen“; ohne diese sei es „ausgeschlossen, dass sie jemals wieder zu Blut kommt“. Es sei versäumt worden, darauf „schärfstens“ hinzuweisen. Gegen den Agrarprotektionismus erhebt Reusch „schwerste Bedenken“. Besonders empörte ihn jedoch das stille Begräbnis für den Gedanken der „Reichsreform“. „Nach meiner Auffassung hätte auf das allerschärfste dagegen protestiert werden müssen, dass die Regierung die Reform wieder a Kalendas Graecas vertagen will. Gerade jetzt in der Krise noch müssen die entscheidenden Schnitte am staatlichen Organismus gemacht werden! Der Reformwille lässt sich nicht beliebig lange auf Eis legen!“ Paul Reusch verband seine abschließenden Festtagsgrüße mit einem bissigen Seitenhieb auf „unsere Spitzenorganisation“, die sich allzu leicht von Politikern „beruhigen“ ließe, ganz im Gegensatz zu ihm selbst: „Ich habe für meine Person aber gelernt, mich nicht durch Worte, sondern nur durch Taten überzeugen zu lassen.“¹⁴⁸ Diese arrogante nachträgliche Schelte aus dem Munde eines Mannes, der sich aus der Verbandspolitik weitgehend zurückgezogen hatte, trug sicher nicht zur Stärkung seiner Position im Netzwerk der Wirtschaftsbosse bei.

An Silvester bekräftigte er seine Kritik: „Ich wollte, Sie hätten mit Ihrer Ansicht recht, dass meine Besorgnisse zurzeit nicht akut wären. Ich fürchte aber, dass sich die politischen Ereignis-

146 Reusch an Dörge (Schriftleiter des „Schwäbischen Merkur“), 5.12.1932, RWWA, 130–4001012007/13. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 368.

147 Rundschreiben des DIHT an die Mitglieder des Vorstandes, unterzeichnet von Hamm, 19.12.1932, RWWA, 130–40010123/33b.

148 Alle Zitate in diesem Absatz: Reusch an Hamm, 22.12.1932, RWWA, 130–40010123/25b.

nisse vielleicht schon im Verlauf des Monats Januar überstürzen können und dass dann unser jetziger Reichskanzler den Parteien alle möglichen Zugeständnisse machen wird, die schwer auf der Wirtschaft lasten und der Gesundheit im Wege stehen.“ Was Schleicher in seiner Rundfunkrede von sich gegeben habe, sei kein Programm; er habe „nur Verbeugungen nach allen Seiten [gemacht], um für die persönliche Politik des Herrn Reichskanzlers ‚gut Wetter‘ zu machen. Auf diese Weise kann in schwerer Zeit ein Volk nicht regiert werden.“¹⁴⁹ Der letzte Satz enthält die ganze tiefe Verachtung des autoritären Konzernherrs für die seiner Ansicht nach nur nach Popularität schielenden Politiker der Weimarer Republik.¹⁵⁰

Im Dezember beschäftigte sich Reusch besonders intensiv mit den protektionistischen Forderungen der Landwirtschaft. Das Thema Einfuhrkontingente und neue Zölle war Gegenstand eines ausführlichen Briefwechsels mit Freiherr v. Wilmowsky; dieser bemühte sich zur Beilegung der „Pressefehde“ zwischen der Vereinigung Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und dem Reichslandbund eine Besprechung mit dem Vertreter der Großagrarien, Graf Kalkreuth, zustande zu bringen.¹⁵¹ Wegen der zu erwartenden Gegenmaßnahmen gegen deutsche Industrieexporte war Reusch entschieden gegen neue Einfuhrbeschränkungen; er hielt nichts vom Streben nach Autarkie.¹⁵²

Kurz vor Weihnachten meldete sich Schacht zum ersten Mal seit der Verstimmung im September wieder. Er übersandte Reusch ein 15-seitiges Gutachten zu Handels- und Währungsfragen von Dr. Krämer, jenem Ökonomen, der seit Juli in der „Arbeitsstelle Schacht“ die NS-Parteiführung wirtschaftspolitisch beraten sollte. Reusch ließ sofort über die Feiertage von einem Mitarbeiter der GHH ein Gegengutachten erstellen. Dieses neunseitige Exposé zum Thema „Einfuhr-Monopole“ ließ er Schacht gleich nach Neujahr zukommen, begleitet von einem emphatischen Bekenntnis: „Ich werde jedenfalls für meine Person, solange ich lebe, gegen Planwirtschaft und gegen Kollektivismus und für den Individualismus eintreten. Der Staat muss sich darauf beschränken, Auswüchse des Individualismus durch entsprechende Abwehrmaßnahmen zu verhindern, soll aber im Übrigen die Hände von der Wirtschaft lassen. Nur dann wird das deutsche Volk und das deutsche Vaterland wieder gesunden.“¹⁵³ Aus diesen Sätzen spricht die Enttäuschung über die wirtschaftspolitische Richtung, die die „Arbeitsstelle Schacht“, ganz im Gegensatz zu Reuschs Absichten bei der Einrichtung des Büros, eingeschlagen hatte. Die Entfremdung zwischen den früheren Männerfreunden Schacht und Reusch wurde durch dieses Gutachten nicht überwunden, sondern eher noch vertieft. Ein Durchschlag dieser Stellungnahme ging auch an Krupp, der Reusch postwendend wissen ließ, dass er seiner Einschätzung voll zustimmte.¹⁵⁴

149 Alle Zitate in diesem Absatz: Reusch an Hamm, 31.12.1932, ebd.

150 Zu Reuschs Kritik an Schleicher vgl.: Turner, Großunternehmer, S. 371.

151 Wilmowsky an Kastl, Klöckner, Klotzbach, Poensgen, Reusch, Schlenker, Vögler u.a., 28.12.1932, RWWA, 130–400101290/39.

152 Schriftverkehr von Reusch mit Wilmowsky, Dezember 1932, ebd. Vgl. grundsätzlich zum Thema Autarkie: Reusch an Robert Bosch, 26.7.1932, RWWA, 130–400101290/43.

153 Reusch an Schacht, 2.1.1933, RWWA, 130–400101290/33a. Davor: Schacht an Reusch, 20.12.1932, ebd. mit dem Gutachten von Dr. Krämer; Gutachten von Scherer (GHH), 30.12.1932, ebd.

154 Antwort von Krupp, 3.1.1933, 4.1.1933, HA Krupp, FAH 4 E 1186.

Paul Reuschs schwäbischer Duzfreund Robert Bosch verfasste in diesen Tagen seinerseits eine Neujahrsbotschaft, diese allerdings – völlig unzeitgemäß – zum Thema deutsch-französische Verständigung. Bosch bat seinen Freund, diese Neujahrsbotschaft in „seinen“ Zeitungen zu platzieren. Reusch tat das, aber nicht ohne die Botschaft der Verständigung mit Frankreich zu zensieren. Die folgenden programmatischen Kernsätze am Anfang des Textes ließ er herausstreichen: „Das Ergebnis des Friedensvertrages von 1870/71 war der Krieg von 1914. Das Ergebnis des Versailler Vertrages aber wird ein neuer Krieg sein. Das sagt sich heute das ganze französische Volk. Deshalb will es eine Verständigung mit Deutschland.“¹⁵⁵ Es ist kennzeichnend für die nationalistische Einstellung des GHH-Chefs, dass er weder den historisch korrekten Hinweis auf den preußisch-deutschen Diktatfrieden von 1871 noch die Betonung der französischen Bereitschaft zur Verständigung akzeptieren wollte. Der Schriftleiter des „Schwäbischen Merkur“ setzte Boschs Verständigungsbotschaft nicht, wie vom Autor gewünscht, auf die erste Seite, sondern ins Innere des Blattes, ließ die von Reusch inkriminierten Sätze weg und leitete den Artikel mit einem distanzierenden Vorwort ein.¹⁵⁶ Zwar versuchte Reusch, seinen Freund nachträglich mit dem Vorwand zu beschwichtigen, dass dessen Sekretariat der Streichung der beiden Kernsätze zugestimmt habe.¹⁵⁷ Robert Bosch war jedoch über diesen Affront zutiefst verärgert, der Vorfall löste eine längere Phase der Verstimmung zwischen den beiden Industriellen aus. „Der Schwabe Reusch schien Bosch, [...] inzwischen von der ‚Mentalität des Preußen‘ infiziert.“¹⁵⁸

Im Auftrag von Robert Bosch kämpfte der schwäbische Kaufmann Paul Distelbarth seit Monaten – sozusagen als Privatdiplomate – für die Idee der deutsch-französischen Verständigung. Es war ihm gelungen, eine kleine Organisation mit einem Büro in Stuttgart und reger Pressetätigkeit aufzubauen.¹⁵⁹ Als er Reusch im Januar 1933 um einen Gesprächstermin bat, wurde er zunächst vertröstet, erhielt aber auch einen „Rat“ vom GHH-Chef: „Wenn Sie Wert darauf legen, dass Ihre Bestrebungen auf eine machtvolle Entwicklung Ihrer Organisation Erfolg haben sollen, dann sorgen Sie dafür, dass sich die Juden nicht gar zu sehr in den Vordergrund drängen! Ich bin kein Antisemit und bin überzeugt, dass jeder taktvolle Jude auch einsieht, dass er sich bei solchen Fragen etwas zurückhalten muss. Nicht dass ich die Juden von der Organisation ausgeschlossen sehen möchte!, – im Gegenteil! Aber nach außen hin sollen sie nicht hervortreten, weil sie, so wie die Verhältnisse heute in Deutschland einmal liegen, nicht nützen, sondern nur schaden können.“¹⁶⁰ Es ist unklar, welche Personen in Distelbarths Verein hier gemeint sind. Trotz der ausdrücklichen Distanzierung vom Antisemitismus erschreckt in dieser Passage Reuschs bereitwillige Rücksichtnahme auf anti-jüdische Vorurteile in der deutschen Gesellschaft.

155 Reusch an Bosch, 30.12.1932, Antwort auf Boschs Bitte vom 27.12.1932, RWWA, 130–400101290/43.

156 Reusch an Dörge, 28.12.1932, RWWA, 130–4001012007/13; Dörge an Reusch, 29.12.1932, ebd.

157 Reusch an Bosch, 6.1.1933, RWWA, 130–400101290/43.

158 Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, S. 114.

159 Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 103ff., 115.

160 Reusch an Distelbarth, 23.1.1933, RWWA, 130–400101293/12.

10. Reusch und die Intrigen im Januar 1933

Aufstellung 4: Reuschs Termine im Januar und Februar 1933

- 4.1. Gustavsburg bei Mainz
5. – 6.1. Nürnberg
7.1. Dortmund (Besprechung mit Papen)
8. – 12.1. Oberhausen
13. – 14.1. Bern (Besuch beim deutschen Gesandten und zwei Verwaltungsrats-sitzungen)
15. – 16.1. Basel (Sitzung des Verwaltungsrats der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)
17.1. Katharinenhof („a) Die Weine aus Schrank I kosten;
b) Platz für die neuen Bilder;
c) Kutscher Auer“¹⁶¹; Schönleber-Ausstellung im Württembergischen Kunstverein)
18. – 21.1. Berlin (18.1. 10.00 Uhr Vorstand DIHT
13.30 Uhr Wellhausen, MAN, und Prof. Agatz im GHH-Büro mit anschließendem „Frühstück“
20.00 Uhr Treffen mit Reichsbankpräsident Luther, Herrn v. Gleichen und Graf Alvensleben im Berliner Herrenclub
19.1. 10.15 Uhr Präsidialsitzung RDI
20.00 Uhr privates Abendessen
20.1. 11.00 Uhr Trauerfeier für v. Borsig,
12.00 Uhr Aufsichtsratssitzung Ferrostaal im GHH-Büro mit anschließendem „Frühstück“
17.00 Uhr Besprechung mit Geheimrat Neumeyer, Tochterfirma Neumeyer AG, München
20.00 Uhr v. Gleichen, Luther, Alvensleben.¹⁶²
21.1. 13.30 Uhr Frühstück mit Excellenz v. Watter
23.17 Uhr Abreise vom Potsdamer Bahnhof)
22. – 27.1. Oberhausen
28.1. – 1.2. Nürnberg
2. – 10.2. Oberhausen
11.2. Heilbronn
12. – 13.2. Basel (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich)
14. – 28.2. Winterurlaub in Sils Maria bei St. Moritz¹⁶³

161 Terminplan, 16.1.1933, RWWA, 130-400101292/3.

162 RWWA, 130-400101292/3. Die handschriftlich nachgetragene Besprechung mit den drei Herren hat wohl nur an einem der beiden Abende stattgefunden.

163 RWWA, 130-400101292/3.

In Hindenburgs Umfeld liefen unterdessen die Intrigen, die Hitler an die Macht bringen sollten, auf Hochtouren. Papens Treffen mit Hitler im Haus des Kölner Bankiers von Schröder am 4. Januar kam ohne Zutun der Großindustrie zustande. Schröder, keiner der führenden Bankiers in Deutschland, gehörte dem sogenannten Keppler-Kreis an, einer Gruppe meist mittelständischer Unternehmer, die eng an die NSDAP angebunden war. Zu den Spitzen der Großindustrie hatte er keine direkten Kontakte.¹⁶⁴

Einige Tage vor dem Treffen mit Hitler hatte Papen sich um Kontakt mit den führenden Vertretern der Schwerindustrie bemüht. Gegenüber Springorum hatte er „den Wunsch ausgesprochen, sich in einem kleinen Kreise über die letzten Vorkommnisse und das, was in der Zukunft zu geschehen hat, auszusprechen“.¹⁶⁵ Springorum erfüllte ihm den Wunsch und lud Reusch, Krupp und Vögler in sein Privathaus nach Dortmund ein. Dort trafen sich die wichtigsten Vertreter der Schwerindustrie drei Tage nach dessen Kölner Rendezvous mit Hitler mit Papen. Bei diesem Gespräch erweckte Papen „den Eindruck, dass Hitler seine Forderung nach der Kanzlerschaft aufgegeben habe und bereit sei, als ‚Juniorpartner‘ in einem ‚Kabinett der nationalen Konzentration‘ mitzuarbeiten, in dem die Nationalsozialisten von starken bürgerlichen Kräften in Schach gehalten werden sollten.“ Er selbst, Papen, stehe prinzipiell als Kanzler im ‚Kabinett der nationalen Konzentration‘ zur Verfügung.¹⁶⁶

Die Industriellen nahmen Papens Darstellung sehr wohlwollend auf. Reusch war die Sache so wichtig, dass er sofort den Chefredakteur des „Fränkischen Kurier“ in Nürnberg anrief und ihm einen Tag später einen ausführlichen „vertraulichen“ Bericht schickte. Nachdem er zunächst Papens Darstellung über Schleichers Absichten wiedergegeben hatte, kam er auf die Nationalsozialisten zu sprechen: „Leider scheinen die Zustände im Braunen Haus in München immer verworrener zu werden. Wie ich Ihnen schon sagte, stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, dass man vor allem aus außenpolitischen Gründen versuchen sollte, die nationalsozialistische Bewegung an den Staat heranzubringen.“ Reusch erwartete für 1933 „große außenpolitische Entscheidungen“. „Haben wir eine geschlossene große nationale Front, dann werden wir bei der gegenwärtigen Einstellung der Franzosen auch die Korridorfrage in Ordnung bringen können. Bleiben wir aber im Innern zersplittert, ist an die Lösung derartiger Aufgaben nicht zu denken. – Auch unser Einfluss auf die Entscheidungen der Weltwirtschaftskonferenz wird ganz anders sein, wenn eine starke nationale Regierung, die sich auf die Mehrheit des Volkes stützen kann, in Deutschland das Szepter führt.“¹⁶⁷ Der Widerspruch dieses Satzes zu seiner beißenden Kritik an Schleichers Versuchen, für sein Programm Unterstützung bei der Mehrheit des Volkes zu finden, fiel ihm wohl nicht auf.

164 Vgl. die überzeugende Darstellung bei Turner, Großunternehmer, S. 377–384.

165 Springorum an Reusch, 28.12.1932, RWVA, 130–400101290/36b.

166 Vgl. die ausführliche und gut belegte Darstellung bei Turner, Großunternehmer, S. 385–386; alle Zitate dieses Absatzes ebd., S. 385. Turner beruft sich auf unterschiedliche Quellen, scheint sich aber in erster Linie auf Reuschs Brief an den „Fränkischen Kurier“ zu stützen, der deshalb ausführlich zitiert werden soll. Eigenartiger Weise erwähnt Turner dieses Treffen in seinem jüngsten Buch überhaupt nicht. (Henry A. Turner, Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1996).

167 Reusch an Kötter („Fränkischer Kurier“), 8.1.1933, RWVA, 130–2007/16.

Hinsichtlich der Absichten Hitlers hatte Papen die Industriellen offenbar belogen: „Der Ehrgeiz Hitlers erstreckt sich gegenwärtig noch auf die Forderung, Reichswehrminister zu werden. Auf die Reichskanzlerschaft scheint er bereits innerlich verzichtet zu haben. Dass es ausgeschlossen ist, die Forderung Hitlers in dieser Richtung zu erfüllen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.“¹⁶⁸ Aus diesen Sätzen spricht die Illusion, dass Hitler für den Eintritt in ein Kabinett gewonnen werden könnte, in dem andere die entscheidenden Machtpositionen besetzten. Reusch glaubte Papen auch, dass dessen „Unterhaltung“ mit Hitler „kein greifbares Ergebnis“ gebracht und „seitens des Herr v. Papen keinerlei Spitze gegen Berlin“ enthalten habe. Jetzt allerdings sei „sein Freund Schleicher sehr verschnupft“ und bemühe sich, „Papen bei dem alten Herrn anzuschwärzen“. ¹⁶⁹ Reusch hatte offenbar keine Ahnung davon, dass aus den „Freunden“ Schleicher und Papen längst erbitterte Feinde geworden waren und dass Oberinrigrant Papen nach wie vor über die Gärten der Reichskanzlei und des Reichspräsidentenamtes den besten Zugang zu dem alten Herrn Hindenburg hatte. Bemerkenswert sind auch Reuschs Äußerungen zur „Korridorfrage“, die es „in Ordnung [zu] bringen“ gelte. Bei fortbestehendem Dissens in Fragen der Wirtschaftspolitik scheint Reusch mit den *außenpolitischen* Zielsetzungen der Nazis weniger Probleme gehabt zu haben.

In das von Papen geschilderte Szenario passte der Plan, jetzt doch noch Hugenberg als Parteiführer beiseite zu schieben und – zumindest mittelfristig – durch Papen zu ersetzen. Nach dem Dortmunder Treffen im Januar 1933 glaubte Reusch sich wieder einmal kurz vor dem Ziel, hatte er jetzt doch Vöglers Unterstützung gewonnen, der bislang Hugenberg den Rücken gestärkt hatte. Kurz nach dem Dortmunder Gespräch erkundigte sich Reusch bei Vögler nach dem Erfolg des Vorstoßes bei Hugenberg. Er bekräftigte noch einmal seine Überzeugung, dass viele Wähler der BVP, in der es „sehr stark gärt“, zu den Deutschnationalen überlaufen würden, wenn nur Hugenberg nicht mehr der Vorsitzende wäre.¹⁷⁰ Wenige Tage später – keine zwei Wochen vor Hugenbergs Vereidigung als Hitlers Wirtschafts- und Agrarminister (!) – bedankte er sich bei Vögler, wohl in der irrigen Annahme, dass dieser erfolgreich gewesen sei, und regte an, Hugenberg solle schon mal seinen Nachfolger im Parteivorsitz einarbeiten. Sonst seien Stimmenverluste der bürgerlichen Rechten in Lippe zu befürchten.¹⁷¹ Die beiden Herren von der Ruhr sahen also noch wenige Tage vor der „Machtergreifung“ eine Chance für die bürgerliche Sammlungsbewegung. Reusch machte deren Realisierung wie eh und je an der Personalfrage Hugenberg fest und dachte nicht daran, Hitler als Reichskanzler in den Sattel zu heben.

Vöglers Versuch, auf Hugenberg in dem geschilderten Sinne einzuwirken, blieb natürlich, wie alle anderen Versuche zuvor, ohne Erfolg. Papen seinerseits war nicht wirklich bereit, sich mit Hugenberg anzulegen, geschweige denn ihn vom Parteivorsitz der DNVP zu verdrängen; er wusste, dass er bei seinem Vorhaben, Schleicher zu stürzen, den Führer der

168 Ebd.

169 Alle Zitate ebd.

170 Reusch an Vögler, 10.1.1933, RWWA, 130–400101290/37.

171 Reusch an Vögler, 18.1.1933, ebd. Vgl. Turner, Großunternehmer, S. 372–375.

Deutschnationalen als Verbündeten brauchte. Er hatte die Industriellen am 7. Januar offenbar hinters Licht geführt. Reusch dämmerte dies, als er Vögler am 23. Januar schrieb: „Nach Lage der Verhältnisse muss bei Herrn v. Papen ein Missverständnis vorliegen, da bei der Unterhaltung ganz klipp und klar zum Ausdruck kam, dass er in die Deutschnationale Volkspartei eintreten möchte.“¹⁷²

Der Briefwechsel im Januar 1933 ist für das unterkühlte Verhältnis zwischen Reusch und Vögler ungewöhnlich. Die Korrespondenz ist sonst gekennzeichnet durch große zeitliche Lücken, überwiegend kurze geschäftsmäßige Mitteilungen und einen distanziert-höflichen Stil ohne jeden persönlichen Beiklang. Reusch versuchte die Gunst der Stunde zu nutzen, indem er Vögler um die Überweisung von 10.000 RM für sein Hätschelkind, den Bund zur Erneuerung des Reiches, bat.¹⁷³ Doch bereits drei Tage später folgte ein Brief in sehr gereiztem Ton: Reusch beschwerte sich, dass nach der neuesten Aufstellung über die Entwicklung der Rohstahlerzeugung die GHH „von allen größeren Werken den stärksten Rückgang“ aufweise. Er stellte mit Nachdruck fest: „Diese Entwicklung kann und werde ich nicht weiter mitmachen.“ Vielleicht sei die Stahlindustrie in der Syndizierung zu weit gegangen.¹⁷⁴ Drei Tage vor Hitlers Ernennung zum Reichskanzler waren die alten Bruchlinien zwischen den konkurrierenden Konzernen wieder sichtbar. Die Herren von der Ruhr waren in den entscheidenden Wochen vor dem 30. Januar 1933 vorrangig mit wirtschaftlichen Angelegenheiten ihrer Betriebe beschäftigt, nicht mit der Politik. Dies gilt ganz besonders für Paul Reusch.

Welche Prioritäten er sich setzte, wird auch bei seinem Januaraufenthalt in Berlin deutlich. Das Essen mit dem alten Haudegen v. Watter, der in den turbulenten Anfangsjahren der Republik die Reichswehrtruppen bei der Niederschlagung der revolutionären Unruhen kommandiert hatte, dürfte im Januar 1933 ebenso wenig politische Bedeutung gehabt haben wie die anderen Gesprächstermine. Außer den in Aufstellung 4 angeführten Terminen waren noch Besprechungen und Besuche bei folgenden Personen avisiert: Beim russischen Botschafter, bei Generaldirektor Dorpmüller, Oberpräsident Winnig, DIHT-Geschäftsführer Hamm und Geheimrat Bosch von den IG Farben wegen eines geheimnisvollen, seit langem vorgesehenen, aber anscheinend immer noch nicht realisierten „Besuches der Leunawerke durch Frl. Rückert“.¹⁷⁵ Dies waren ganz sicher nicht die Persönlichkeiten, im Kontakt mit denen sich die Machtübertragung an Hitler einfädeln ließ. Ein weiteres Treffen mit Papen, um das Blank sich anscheinend bemüht hatte, kam in diesen Tagen nicht zustande.¹⁷⁶

Das Berliner Büro der GHH wusste in diesen Tagen nichts über die Umstände von Hitlers Ernennung zu berichten, wohl aber über die Plenarsitzung des Russlandausschusses des RDI.¹⁷⁷ Am 2. Februar versandte Blank außerdem ein Rundschreiben an Reusch und acht weitere Adressaten über das „Otto-Wolff-Geschäft“ mit Russland und eine Aufzeichnung

172 Reusch an Vögler, 23.1.1933, RWWA, 130–400101290/37.

173 Reusch an Vögler, 24.1.1933, ebd.

174 Reusch an Vögler, 27.1.1933, ebd.

175 17.1.1933, RWWA, 130–400101292/3.

176 Blank an Reusch, 13.1.1933, RWWA, 130–4001012024/11.

177 Blank an Reusch, 26.1.1933, RWWA, 130–4001012025/5b.

über Verhandlungen mit den Direktoren der Golddiskontbank.¹⁷⁸ Einen Tag später folgte ein Bericht über die Prahlerei in der englischen Presse über die Hafendamm in Sydney („the world's greatest engineering triumph“)¹⁷⁹ und kurz danach ein vertrauliches Rundschreiben über die Auslandspropaganda der sowjetischen Regierung, deren Finanzierung so viele Devisen verschlingen würde, dass „ein Teil der im Jahre 1933 fällig werdenden deutschen Forderungen bis 1934 verschoben“ werden müsse.¹⁸⁰ Die „Russenaufträge“ betrafen die Interessen der GHH unmittelbar und schienen in diesen Tagen wichtiger als der erneute Regierungswechsel in Berlin.

Turner, der beste Kenner der Materie, beschreibt diesen Sachverhalt so: „Der Höhepunkt des politischen Dramas vom Januar 1933 traf die Führer der Wirtschaft unerwartet. [...] Trotz seiner vielen Informationsquellen scheint Reusch von den Machenschaften in Berlin nichts gewusst zu haben, die Hitler am 30. an die Spitze der Regierung bringen sollten. Zweifellos konnten weder er noch die anderen Wirtschaftsführer aus der Presse ein klares Bild von den Ereignissen gewinnen.“¹⁸¹

Nach Hitlers Ernennung reagierte Reusch ganz ähnlich wie bei früheren Regierungswechseln; skeptische Zurückhaltung hieß die Direktive an den „Fränkischen Kurier“: „Ich bitte nach wie vor, sich der Regierung gegenüber abwartend und nüchtern zu verhalten. Begeisterung ist vorläufig noch nicht am Platze.“¹⁸² Sechs Tage später bekräftigte er diese Linie, machte aber gleichzeitig kein Hehl aus seiner grundsätzlichen Sympathie für die Hitler-Regierung: „Was die Haltung der Zeitung im Wahlkampf betrifft, so bin ich selbstverständlich damit einverstanden, dass Sie für die gegenwärtige Regierung eintreten, ohne mit ihr durch dick und dünn zu gehen. Die Regierung muss erst beweisen, was sie kann! Es kann nicht schaden, wenn ihr gesagt wird, dass unsere Haltung ihr gegenüber von ihren Taten und nicht von ihren Worten abhängig sein wird. Also: Wohlwollen, aber nicht gar zu viel Begeisterung!“¹⁸³ Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ wagten es in den ersten Tagen, verhaltene Kritik an der Hitler-Regierung zu üben, zum Beispiel an der sofortigen Auflösung des Reichstags, dem als diffamierend empfundenen Anspruch, allein den „nationalen“ Gedanken zu vertreten, der Einschränkung der Presse- und Versammlungsfreiheit in der Notverordnung vom 4. Februar oder an dem erneuten Eingriff in die Rechte der Länder durch Aufhebung eines Urteils des Staatsgerichtshofes unter Berufung auf Artikel 48.¹⁸⁴ Reusch nahm die politische Linie des liberalen Blattes ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt zum Anlass, um demonstrativ sein Abonnement zu kündigen. Als Grund teilte er dem Verlagsleiter mit, dass „zwischen den in Ihrem Blatt vertretenen politischen und zum Teil auch weltanschaulichen Auffassungen und meiner Einstellung zu diesen Dingen ein so starker Gegensatz besteht,

178 Blank an Reusch (2 getrennte Schreiben), 2.2.1933, RWWA, 130–4001012024/11.

179 Blank an Reusch, 3.2.1933, ebd.

180 Blank an Reusch, Mayer-Etscheid und Wellhausen, 6.2.1933, RWWA, 130–4001012025/5b.

181 Turner, Großunternehmer S. 388–389.

182 Reusch an Kötter, 3.2.1933, RWWA, 130–4001012007/16.

183 Reusch an Kötter, 9.2.1933, ebd.

184 Münchener Neueste Nachrichten, 2.2., 5.2., 6.2., 7.2.1933.

dass ich eine Freude an der Lektüre der MNN nicht mehr haben kann“.¹⁸⁵ Was konkret ihn so geärgert hatte, sagte er nicht; aber der demonstrative Schritt für sich allein, verglichen mit dem Schulterklopfen für den servilen „Fränkischen Kurier“, ist aussagekräftig genug.

Reuschs Hauptsorge waren die Märzahlen, durch die „das Wirtschaftsleben ungünstig beeinflusst“ werde, „da ja vorläufig noch kein Mensch weiß, wohin die Reise geht und infolgedessen kein Vertrauen in die weitere Entwicklung der Dinge bestehen kann“. Das Bürgertum, da nicht in einer großen Partei vereinigt, werde wohl keine Rolle spielen. Reusch hing immer noch dem Wunschtraum von der bürgerlichen Sammlung nach und meinte unverändert, dass der Abtritt Hugenbergs dafür die entscheidende Voraussetzung sei.¹⁸⁶ Aus diesen Sätzen spricht die Sorge eines Industriellen über negative Auswirkungen eines Wahlkampfes auf das „Wirtschaftsleben“ und die Resignation wegen der Unfähigkeit bürgerlicher Politiker, nicht aber die generelle „tiefe Sorge über die politischen Folgen“¹⁸⁷ von Hitlers Machtübernahme. Die nachdenklichen Zeilen an Hamm müssen im Zusammenhang mit der unverhohlenen Sympathie für Hitlers Regierung in den Briefen an den „Fränkischen Kurier“ gesehen werden. Vergleicht man sie außerdem mit der beißenden Kritik an früheren Regierungen, so zuletzt an der Regierung Schleicher, so lässt sich daraus kaum eine besondere Abneigung gegen die Hitler-Regierung herauslesen. Bei keiner anderen Regierung der Weimarer Republik, mit Ausnahme vielleicht von Papens „Kabinett der Barone“, hätte sich Reusch dazu hinreißen lassen, sein „Wohlwollen“ auszudrücken.

Die unmittelbaren Reaktionen im Unternehmerlager auf den 30. Januar waren unterschiedlich. Reuschs Aufsichtsratsvorsitzender Karl Haniel war begeistert, er vertraute auf die konservative Mehrheit im Kabinett, die Hitler bald beiseite drängen würde. Haniel hoffte, dass zuvor aber Hitler „das Ruhrgebiet vom Gespenst des Kommunismus befreit“¹⁸⁸ haben würde. Die Einstellung des Bergbau-Magnaten Ernst Brandt war ähnlich. Ihnen standen jedoch andere gegenüber, die ausgesprochen schockiert waren, so zum Beispiel der AEG-Chef Bücher oder der Kölner Industrielle Otto Wolff. Der Geschäftsführer des RDI Ludwig Kastl war besorgt, aber vor allem wegen der Machtfülle Hugenbergs durch die Zusammenlegung der Ministerien für Wirtschaft und Landwirtschaft. Dies, so glaubte er, würde den Interessen der Industrie zuwiderlaufen.¹⁸⁹ Die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Hitler-Regierung verstärkten dann eher die Besorgnis bei den Unternehmern, als sie den protektionistischen Forderungen der Landwirtschaft nachgab und die Einfuhrzölle auf Agrarprodukte erhöhte. Die Unternehmer waren auch von der „Welle der Selbstjustiz“¹⁹⁰ betroffen, die im Februar Deutschland überzog, vor allem wenn sie sich Lohnforderungen widersetzen oder anderen Ansprüchen, die gerade von Vertretern der NSBO vielerorts besonders aggressiv vorgetragen wurden. Über diese Erfahrungen in den ersten Tagen nach dem Machtwechsel

185 Reusch an Betz, 10.2.1933, RWWA, 130-4001012007/7.

186 Reusch an Hamm, 4.2.1933, RWWA, 130-40010123/25b.

187 Turner, Großunternehmer, S. 390.

188 Ebd.

189 Vgl. ebd., S. 391-392.

190 Ebd., S. 392.

tauschten sich die Führer der Großindustrie im Präsidium des RDI am 16. und 17. Februar aus. Danach bereitete sich der RDI-Vorsitzende Krupp auf das bevorstehende Treffen mit Hitler und Göring gründlich vor.

Diese Zusammenkunft in Görings Amtssitz am 20. Februar 1933 brachte die endgültige Weichenstellung im Verhältnis der Großindustrie zur Hitler-Regierung. Die ganze Crème der Industrie war vertreten, Reusch hatte auch eine Einladung erhalten, war aber bereits zur Kur im Schweizer Engadin. Sein Berliner Vertreter Martin Blank wurde am folgenden Tag von einem namentlich nicht genannten Teilnehmer informiert und fertigte aufgrund dessen eine ausführliche Niederschrift an, die heute als wichtigste Quelle über dieses entscheidende Treffen Auskunft gibt.¹⁹¹ Nach einem Hitler-Monolog von eineinhalb Stunden legte Krupp seine vorbereiteten Memoranden beiseite und bedankte sich stattdessen höflich beim Reichskanzler, der sich danach verabschiedete; im Anschluss daran ließen sich die anwesenden Unternehmer von Hjalmar Schacht regelrecht überfahren und gaben verbindliche Zusagen für Wahlkampfspenden in Höhe von 3 Millionen Mark.

Turner wertet diese Veranstaltung als Beweis dafür, dass die NSDAP vorher von der Industrie keine nennenswerte Wahlkampfunterstützung erhalten hatte. Wäre dies der Fall gewesen, so „hätten Hitler und seine Komplizen sicher nicht den ausgefeilten Trick anwenden müssen, die Industriellen in Görings Amtssitz einzuladen, um ihnen in die Tasche zu greifen. Vielmehr weist alles darauf hin, dass die Zusammenkunft ein Meilenstein war: der erste bedeutende materielle Beitrag von Organisationen der Großindustrie für die nationalsozialistische Sache.“¹⁹² Dies klingt einleuchtend. Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass sich niemand, während des Treffens oder an den Tagen danach, Görings und Schachts dreister Forderung widersetzte – auch Reusch nicht, der in früheren Jahren immer Bedingungen an seine politischen Spenden geknüpft hatte und die Zahlungen auch manchmal verweigerte. Im Februar 1933 versuchten er und Springorum, der es übernommen hatte, die geforderten Gelder einzusammeln, lediglich, ein Viertel der Wahlkampfspenden für Hitlers Bündnispartner abzuzweigen.¹⁹³

Ist diese erstaunliche Willfährigkeit eher auf psychologischen Druck, von dem die Industriemagnaten sich einschüchtern ließen, zurückzuführen oder auf ein latentes „Wohlwollen“? Blanks Bericht spricht eher für letzteres; sein Informant spricht an mehreren Stellen davon, dass sowohl Hitlers wie Görings Ausführungen von den Anwesenden äußerst positiv aufgenommen worden seien, vor allem die Beteuerungen zum Privateigentum und zum Erbrecht; die Ankündigung, dass die Märzahlen die letzten Wahlen für lange Zeit sein würden, und die Behauptung, dass nur eine NSDAP-Regierung den Kommunismus vernichten könne, traf vermutlich bei den versammelten Unternehmern auch auf vorbehaltlose Zustimmung. Die Unternehmer schluckten bei diesem Treffen auch eine Brückierung in der Form des Umgangs, die sie bei früheren Reichskanzlern nie akzeptiert hätten: Hitler ließ sie am Anfang

191 21.2.1933, RWWA, 130–4001012024/11; veröffentlicht in: Stegmann, Verhältnis, S. 477–480.

192 Turner, Großunternehmer S. 396.

193 Zum Treffen am 20.2.1933 vgl. ebd., S. 392–396.

15 Minuten warten, monologisierte dann eineinhalb Stunden und verschwand nach Krupps Danksagung sofort wieder. Keinen der Herren schien das zu stören; auch Reusch, der sich zu Brüning's Zeiten gebrüstet hatte, er sei dagegen gefeiert, sich vom Reichskanzler „einwickeln“ zu lassen, schalt seine Mitstreiter jetzt nicht wegen ihrer Unterwürfigkeit.

11. Fazit

1) Weder als Einzelunternehmer noch als Teil einer kollektiv handelnden Gruppe von Industriellen strebte Reusch die Ernennung Hitlers zum Kanzler an. Er entwickelte in dem halben Jahr vor dem 30. Januar keinerlei Aktivitäten, die diesem Ziel gedient hätten. Bei den Berlin-Aufenthalten standen rein geschäftliche Kontakte und Besprechungen im Vordergrund, außerdem Routinesitzungen der obersten Verbandsgremien. Doch auch diese Spitzenverbände der Industrie unterstützten Papen, nicht die Nationalsozialisten. In die entscheidenden Intrigen, die Hitler an die Macht brachten, war Reusch nicht eingeweiht, konnte sie folglich auch nicht beeinflussen. Unter den wichtigsten Politikern stand ihm nur Papen als Ansprechpartner zur Verfügung, zu den anderen maßgeblichen Akteuren in der Endphase der Weimarer Republik bestand keine Verbindung. Und auch der Kontakt zu Papen war eher lose, Einflussmöglichkeiten eröffnete er für Reusch kaum; die Einflussnahme schien eher in der Gegenrichtung zu funktionieren: Papen gelang es bisweilen, Reusch und seine Unternehmerkollegen für seine politischen Absichten einzuspannen.

2) Wie weit oder wie eng auch immer man den Kreis ziehen mag – „die Wirtschaft“, „die Unternehmer“, „die Schwerindustriellen“ oder selbst der kleine exklusive Kreis der „Ruhrlade“ – keine dieser Gruppen war in der Endphase der Republik als Kollektiv politisch handlungsfähig. Besonders lähmend wirkte sich der Konflikt zwischen exportabhängiger Großindustrie und protektionistischer Landwirtschaft und innerhalb der Schwerindustrie der Gegensatz zwischen den übermächtigen Vereinigten Stahlwerken und den anderen Konzernen aus. Reusch trug durch sein fundamentalistisches Pathos, gezielte Polemik und – in der Gelsenberg-Affäre – bewusste Provokation zur Vertiefung dieser Spaltungen bei und schwächte dadurch die Durchschlagskraft der „pressure groups“, in deren Vorständen er saß.

3) Die – auch durch das „Lobbying“ der Unternehmerverbände bewerkstelligte – Demontage des Parlamentarismus erwies sich in der Endphase der Republik, was die Durchsetzung von Unternehmerinteressen anging, als eher kontraproduktiv. Im System der Präsidialkabinette übten agrarische „pressure groups“ den entscheidenden Einfluss aus, die modernen Methoden des „Lobbying“ – von Reusch als Verbandsvorsitzendem jahrelang virtuos gehandhabt – funktionierten nur noch sehr begrenzt. Dies gilt zum Beispiel für die „Fernsteuerung“ von Abgeordneten und Parteifunktionären, die gezielte Wahlkampffinanzierung, die Beeinflussung der Presse, die Entsendung von Delegationen zum Reichskanzler, das Verfassen von Denkschriften, der direkte Zugang zu den Spitzen der Bürokratie. All dies schien wenig Wirkung zu haben, seitdem das Parlament entmachtet war. Das ins Reichspräsidentenpalais verlagerte institutionelle Machtzentrum war dem Einfluss der Unternehmer völlig ent-

zogen. Außerhalb der Institutionen galt das Gleiche für die mächtige neue Massenbewegung der Nationalsozialisten; der Versuch Reuschs und anderer Unternehmer, wenigstens das wirtschaftspolitische Programm der NSDAP zu beeinflussen, scheiterte jedenfalls kläglich. Aus der Exklusivität des Großbürgers, die Reusch auf dem Katharinenhof und seinen ständigen Reisen zelebrierte, war zum Jahreswechsel 1932/33 ein politisches Abseits geworden.

Die Betrachtung der politischen Machtkämpfe aus der Perspektive eines einzelnen Akteurs hat die von Turner ausgebreiteten Erkenntnisse voll bestätigt, soweit es um die These einer gezielten, strategisch geplanten und aktiv betriebenen Einflussnahme der Unternehmer zur Installation Hitlers als Kanzler geht. Bei der Bewertung der Mentalität des Großunternehmers Paul Reusch, seines politischen Einflusses in den letzten Monaten der Republik und einzelner Aktionen scheinen mir jedoch – abweichend von Turner – einige kritische Akzente angebracht.

4) Soweit Reusch in den letzten Monaten der Republik politisch überhaupt noch aktiv wurde, wirken seine Aktionen deplaziert, von der politischen Entwicklung überholt, manchmal geradezu naiv: Die Bemühungen um die Reichsreform, indem er einen ausgemusterten Minister in der Hauptstadt bei vermeintlich wichtigen Adressen anklopfen ließ; das Festhalten am Traum von der rechts-bürgerlichen Sammlung; die Fixierung auf das Feindbild Hugenberg und die Illusion, diesen stürzen zu können; das Verfassen langatmiger pathetischer Denkschriften, die selbst seine engsten Vertrauten nur mit höflicher Anerkennung entgegennahmen; die schwankende, aus völliger Unkenntnis oder bewusster Ignoranz der kriminellen Energie dieser Bewegung gespeiste Haltung gegenüber der NSDAP. Die von Turner zu Recht kritisierte „Realitätsferne“¹⁹⁴ der „engstirnigen und phantasielosen Ruhrindustriellen“¹⁹⁵, ihr „mangelnder Weitblick“¹⁹⁶ ist bei Reusch schon für die Monate davor zu konstatieren.

5) Reuschs Haltung gegenüber der Hitler-Bewegung durchlief 1932 drei Stadien: Auf die Phase der Kontaktsuche und des Anbieterns im Frühjahr und Sommer folgte nach der Juliwahl Enttäuschung und Verärgerung vor allem wegen des wirtschaftspolitischen Programms der Nationalsozialisten. Dieser Groll verrauchte aber zum Jahreswechsel, als Reusch erneut Chancen sah, die NSDAP als Juniorpartner in ein Kabinett der nationalen Rechten einzubinden, einer Option, der er jedenfalls den Vorzug gab gegenüber der von ihm verachteten Regierung Schleicher. Die von den Geschäftsführern des RDI und des DIHT in letzter Minute unternommene Intervention zugunsten der Schleicher-Regierung und damit gegen die Ernennung Hitlers¹⁹⁷ hatte sicher nicht Reuschs Unterstützung, wenn er denn überhaupt konsultiert worden war. Selbst wenn es für die Mehrheit der Industriellen stimmen sollte, dass Hitlers „Ernennung zum Reichskanzler [erfolgte], als die Beziehungen zwischen seiner

194 Ebd., S. 386.

195 Ebd., S. 387.

196 Ebd., S. 391.

197 Ebd., S. 383, vgl. S. 411.

Partei und der Wirtschaft den tiefsten Punkt¹⁹⁸ erreicht hatten, so gilt dies nicht für Paul Reusch.

6) Es kann nicht ernsthaft bestritten werden, dass sich Reuschs politische Überzeugungen – abgesehen von der Wirtschaftspolitik – weitgehend mit denen der NSDAP deckten. Die ähnlich ausgerichteten Denkmuster, die erkennbar waren im Bereich der Außen- und Militärpolitik, in der Ablehnung des Parlamentarismus und der Wahlen, in der tiefen Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung, im Traum von einem autoritär geführten Staat, in der Abneigung gegen den Liberalismus in Kultur und Gesellschaft und vor allem in einem das gesamte politische Leben durchdringenden Nationalismus verstellten bei Reusch offenbar den Blick für die überall sichtbaren kriminellen Ausprägungen dieser Bewegung und für die ihr langfristig innewohnenden Gefahren.

An dieser Stelle ist auch die Frage nach dem Antisemitismus aufzuwerfen: Paul Reusch war kein Antisemit, er arbeitete im Geschäftsleben eng mit jüdischen Unternehmern zusammen; er kritisierte intern den Antisemitismus im Juliwahlkampf und stärkte dem „Fränkischen Kurier“ den Rücken gegen diese Tendenzen. Andererseits war er gegen den latenten Antisemitismus in konservativen Kreisen offenbar nicht ganz immun, sonst hätte er dem engem Vertrauten seines Freundes Robert Bosch nicht das Zurückdrängen der Juden in der Organisation für die deutsch-französische Verständigung empfohlen. Die zitierten Quellen mussten präsentiert werden, um nicht dem Vorwurf der Unterschlagung wichtiger Belege Vorschub zu leisten. Für ein abgewogenes Urteil über Reuschs Einstellung zum Antisemitismus reichen sie jedoch nicht aus. Immerhin ist festzuhalten, dass sich in den Quellen eine klare öffentliche oder den Führern der Nazis direkt übermittelte Stellungnahme gegen den aggressiven Antisemitismus nicht findet – eine Äußerung, vergleichbar der unmissverständlichen Kritik am „Unsinn“ ihres wirtschaftspolitischen Programms.

7) Die Blindheit gegenüber den Gefahren der Nazi-Bewegung war vielleicht auch ein Stück Betriebsblindheit des zeitweise terminlich überlasteten Managers. Im Kopf von Paul Reusch galt der Primat der Wirtschaft. Schon der Reise- und Terminplan zeigt, wo er die Prioritäten setzte; für politische Aktivitäten nahm er sich in den sechs Monaten vor dem 30. Januar nur noch wenig Zeit. Den Firmeninteressen, den unmittelbaren geschäftlichen Problemen im Alltag schien er generell den Vorrang zu geben. So sehr man die daraus resultierende Ignoranz für neue gesellschaftliche und politische Entwicklungen kritisieren muss, so verschafft die Konzentration auf die geschäftlichen Belange dem Konzernherrn Reusch doch auch eine Art „Alibi“, was die Machenschaften angeht, die Hitler an die Macht brachten.

8) Teile von Reuschs Korrespondenz während der Endphase der Republik wirken resigniert, ja verbittert. Bei wichtigen Treffen war er nicht anwesend, bei den Routinesitzungen der Spitzenverbände meldete er sich kaum zu Wort, spielte jedenfalls keine entscheidende Rolle. Er hatte den Zenith seines politischen Einflusses 1932 bereits überschritten. Seine Zurückhaltung war wesentlich auch dadurch bedingt, dass er gesundheitlich angeschlagen war und

198 Ebd., S. 410.

sich weit häufiger als früher zu Kuraufenthalten zurückzog. Auffallend ist auch, wie häufig er von Oberhausen und dem Ruhrgebiet abwesend war. Reusch schien in diesen Monaten seinen Interessenschwerpunkt immer stärker zu den süddeutschen Tochterunternehmen zu verlagern, die Kommunalpolitik in Oberhausen und die Presse im Ruhrgebiet ignorierte er völlig. Als kultureller Mäzen betätigte er sich offenbar nur noch in Süddeutschland. Fast scheint es, dass er sich innerlich schon zu Beginn der dreißiger Jahre vom Revier verabschiedet hatte, ein Jahrzehnt vor seinem bitteren, endgültigen Abgang.

